

Hegel-Renaissance

Klaus Vieweg / Benno Zabel / Eberhard Eichenhofer / Stephan Kirste / Michael Pawlik / Hans-Christoph Schmid am Busch (Hrsg.): 200 Jahre Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts, Duncker & Humblot, Berlin 2022, 260 S., 89,90 Euro.

Mesut Bayraktar: Der Pöbel und die Freiheit. Eine Untersuchung zur Philosophie des Rechts von G. W. F. Hegel, PapyRossa, Köln 2021, 167 S., 16 Euro.

Jubiläen wissenschaftlicher Werke der Vergangenheit bieten eine günstige Gelegenheit über deren Gegenwartsbedeutung und diejenige ihres Autors zu reflektieren. Im vorliegenden Fall handelt es sich um Georg Friedrich Wilhelm Hegel (1770-1831). Dessen „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ sind an internationaler Bedeutung und der Politiken von Platon und Aristoteles, dem *Tractatus de legibus ac Deo legislatore* von Suárez, dem *Leviathan* von Hobbes, Rousseaus *Contrat social* oder der *Rechtslehre* von Immanuel Kant gleichzusetzen. Wie aus den Repositorien des *Geheimen Staatsarchivs Preußischer Kulturbesitz*, Berlin-Dahlem, zu ersehen ist¹, genehmigte auf Drängen des preußischen Staatsministers von Altenstein und des Staatskanzlers von Hardenberg – beide Reformer – Preußens König Friedrich Wilhelm III. am 12. März 1818 die Berufung Hegels (der sich bereits im Juli 1814 als Nachfolger des im Januar jenes Jahres verstorbenen Fichtes gesehen hatte) „zum ordentlichen Professor der Philosophie

bei der hiesigen Universität“. Seine Rede beim Antritt des philosophischen Lehramts hielt Hegel am 22. Oktober 1818, und an diesem Tag begann er auch seine insgesamt 27 Semester währende Lehrtätigkeit. Seine Wintersemester-Vorlesung von 1819/20 „Naturrecht und Staatswissenschaft oder die Philosophie des Rechts“ kündigte er mit dem Hinweis an: „nach Anleitung seines demnächst erscheinenden Leitfadens“. Im Juni 1820 übersandte Hegel dann das druckfertige Manuskript seiner *Rechtsphilosophie* in zwei Hälften dem Verleger und pflichtgemäß auch dem Zensor. Ein Angebot, einen Verlag außerhalb Preußens zu finden, war von ihm nicht berücksichtigt worden. Unter dem Doppeltitel „*Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse. Grundlinien der Philosophie des Rechts*“ wurde es im Oktober 1820 (vordatiert auf 1821) von der Nicolaischen Buchhandlung Berlin mit ihrem jüdischen Verleger Daniel Parthey zum Preis von zwei Talern und vier Groschen publiziert. Es war laut Titelseite zum Gebrauch für Hegels Vorlesungen bestimmt. Diese hielt er dementsprechend auch in den Wintersemestern 1821/22, 1822/23 und 1824/25. Danach gab er diese Vorlesung für die philosophische Fakultät an seinen ehemaligen Repetenten Leopold von Henning und für die juristische Fakultät an den mit ihm befreundeten Eduard Gans ab, die sie in den Folgejahren nach Hegels Lehrbuch mit großem Erfolg vortrugen.

Hegel selbst amtierte 1829/1830 als Rektor der Berliner Universität, und am 18. Januar 1831 verlieh Friedrich Wilhelm III., „von Gottes Gnaden König von Preußen“, dem Universitätsprofessor Hegel (zusammen u. a. mit

¹ Nachgedruckt in: Hermann Klenner, *Historisierende Rechtsphilosophie*, Freiburg 2009, S. 408-423: „Hegels König und des Königs Universität“.

dessen literarischem Gegner Schleiermacher) den im Verhältnis zum Schwarzen Adlerorden zweitrangigen Roten Adler-Orden 3. Klasse. Nachdem seine Zuwahl zu der einst von Leibniz begründeten Berlin/Brandenburgischen Akademie der Wissenschaften verhindert worden war, etablierte Hegel mit Hilfe von Eduard Gans eine produktive Alternativakademie.² Die von Hegel für das Wintersemester 1831/32 angekündigte, wegen der Cholera-Epidemie jedoch verspätet, am 10. November, einem Donnerstag, begonnene und am Freitag fortgesetzte rechtsphilosophische Vorlesung – in der er übrigens des Buchtextes berühmt/berüchtigte Identitätserklärung von Vernünftigkeit und Wirklichkeit mündlich durch ein „nicht alles ist wirklich, was existiert,“ verdeutlichte³, – musste er krankheitsbedingt abbrechen. Drei Tage danach, am Montag, dem 14. November 1831, verstarb in Berlin, Am Kupfergraben 4, der zweiundsechzigjährige Hegel. Seine Grabstätte befindet sich auf dem Dorotheenstädtischen Friedhof neben der von Fichte.

Immer wieder nachgedruckt sind Hegels „Grundlinien der Philosophie des Rechts“ in einer als wissenschaftlich endgültig zu betrachtenden Textedition von Klaus Grotzsch und Elisabeth Weisser-Lohmann 2009 als Band 14 der vom Hamburger Felix Meiner Verlag vorgelegten großformatigen Ausgabe der *Gesammelten Werke* Hegels

herausgegeben worden.⁴ In eben diesem Verlag edierte 2017 Klaus Grotzsch zum Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts* auch als Studienausgabe auf 430 Seiten. Auf mehr als elfhundert Seiten (!) publizierte Pirmin Stekeler vier Jahre später Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts* als einen „dialogischen Kommentar“, also mit permanent unterbrochener Gedankenführung des Originals.⁵ Als Gegenstücke zu dieser Mammut-Edition könnte man das von Udo Tietz publizierte Büchlein „Hegel für Eilige“, Berlin 2004, oder das von Dietmar Dath zusammengestellte „Hegel to go“, Berlin 2020, ansehen.

Die weltgeschichtliche Wirkung der Hegelschen *Rechtsphilosophie* ging allerdings nicht von deren Erstauflage aus. Bereits zwei Jahre nach Hegels Tod gab Eduard Gans (der umgehend einen Nekrolog in der *Allgemeinen Preußischen Staatszeitung* veröffentlicht hatte) als Bd. 8 der von einem „Verein von Freunden des Verewigten“ besorgten vollständigen Ausgabe von Hegels Werken dessen „*Grundlinien der Philosophie des Rechts, oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse*“ mit einer eigenen Vorrede versehen heraus. Dieser Zweitaufgabe

² Vgl. Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät der Wissenschaften, Bd. 3, Berlin 1995, S. 49-60.

³ Vgl. Hegel, Vorlesungen über Rechtsphilosophie 1818-1931, ed.: K.-H. Ilting, Bd. 4, Stuttgart 1974, S. 923.

⁴ Vgl. meine Rezension in: Hegel-Studien, Bd. 47, Hamburg 2013, S. 165-167. Der Band 14,3 dieser Großausgabe bietet auf den Seiten 795 bis 836 eine kritische Würdigung aller deutschsprachigen Editionen von Hegels Grundlinien der Philosophie des Rechts. Vgl. auch: Manfred Riedel, Materialien zu Hegels Rechtsphilosophie, Frankfurt 1975, sowie: Walter Jaeschke, Hegel-Handbuch, Stuttgart 2003.

⁵ Vgl. meine kritische Rezension in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Bd. 108, Heft 1, März 2022, S. 154-156.

von 1833 mit ihren 1500 Exemplaren hatte Gans aus zwei ihm von intelligenten Hegelschülern zur Verfügung gestellten Nachschriften der rechtsphilosophischen Vorlesungen, wie sie Hegel an Berlins Universität gehalten hatte, knapp zweihundert „Zusätze“ in den Wortlaut der Erstauflage, sichtbar abgehoben, versteht sich, eingefügt und dann noch die handschriftlichen Notizen Hegels in dessen eigenem Buchexemplar seiner Rechtsphilosophie berücksichtigt.⁶ Hierbei handelte es sich um keine Eigenmächtigkeit von Gans: wie sich aus § 13 des Verlagsvertrages ergibt, entsprach sein Vorgehen der einhelligen Meinung der Witwe Hegels sowie aller Herausgeber der Freundesvereinsausgabe, und es gab damals keine besseren Hegel-Kenner als diese. Die Echtheit der „Zusätze“ kann überprüft werden: die Vorlesungsnachschriften, denen sie entstammen, sind von K.-H. Ilting 1973/74 zur Gänze publiziert worden. Bei seiner kritischen Kommentierung der §§ 261 bis 312 von Hegels *Grundlinien der Philosophie des Rechts* (MEW 1, S. 203-333; MEGA I/2, S. 5-137) hat der Gans-Schüler Marx natürlich die Hegel-Edition seines Lehrers benutzt.

Voranstehende Details werden in den hier vorzustellenden beiden Publikationen eher vorausgesetzt. In ihnen werden jedoch die Erkenntnisse der bisher angeschwollenen und sicher weiter anschwellenden Sekundärliteratur durch gut argumentierende, zum Teil eigene frühere Veröffentlichungen fortführen-

de Überlegungen von 15 Autoren bereichert.⁷

Im Einzelnen: Entgegengesetzt zu einigen Widersachern, die Hegel als „Preußenknecht“ und seine Rechtsphilosophie als „Misthaufen-Gewächs“ eines Kriechers diffamierten, wird hier seine „ungebrochene Aktualität und Modernität“ gerade mit seinem „Idealismus der Freiheit“ begründet. Seine zwischen Revolution und Reform argumentierende Rechtsphilosophie habe zur Götterdämmerung des Absolutismus beigetragen. Ebenso gewiss bliebe er aber der bürgerlichen Gesellschaft verhaftet. Deren Existenz und die ihr immanenten Gegensätze krönte er in den Rechtsphilosophie-Paragrafen 182 bis 256, speziell in den §§ 243-246, mit seiner Darstellung des Klassegegensatzes der bürgerlichen Gesellschaft: das Anhäufen der Reichtümer auf der eine Seite und auf der anderen Seite die Abhängigkeit und Not der an die Arbeit gebundenen Klasse. Die Letzteren, diese „unfreien Freien“, der Pöbel mit seiner inneren Empörung gegen die Reichen, gegen die Gesellschaft insgesamt wie gegen die Regierung. Dabei zeige sich, dass die bürgerliche Gesellschaft mit ihrem Übermaß des Reichtums nicht reich genug sei, das Übermaß der Armut und damit die Erzeugung des Pöbels zu steuern. Durch diese ihre Dialektik werde die bürgerliche Gesellschaft jedoch über sich hinausgetrieben. Keiner der Autoren missdeutet dieses Hinaustreiben als

⁶ Vgl. den mit einem umfangreichen Anhang ergänzten neueren Nachdruck dieser Zweitauflage: Hegel, *Grundlinien der Philosophie des Rechts*, nach der Ausgabe von Eduard Gans, Akademie-Verlag, Berlin 1981, 645 Seiten.

⁷ Sie seien wenigstens genannt: Giulia Battistoni; Mesut Bayraktar; Eberhard Eichenhofer; Stephan Kirste; Christian Krijnen; Terza Matějčková; Thomas Meyer; Sebastian Ostritsch; Pirmin Stekeler-Weithofer; Stephan Stübinger; Klaus Vieweg; Christopher Yeomans; Benno Zabel; Folko Zander.

Ankündigung einer sozialistischen Gesellschaft durch Hegel.

Zutreffend wird von mehreren Autoren Hegels Gegensatz zur Historischen Rechtsschule beleuchtet. Ihr Gründer und ihre Galionsfigur, der Juristenprofessor an Berlins Universität Friedrich Carl von Savigny, Mitglied des Preußischen Staatsrates und der Preußischen Wissenschaftsakademie sowie juristischer Privatlehrer des preußischen Kronprinzen, hatte Frankreichs *Code civil* als Krebsgeschwür der Revolution verleumdet, hatte Preußens hinterwäldlerisches Recht vollauf legitimiert, und den Völkern der Gegenwart grundsätzlich die Fähigkeit abgesprochen, „ein löbliches Gesetzbuch hervorzubringen“. Letzteres bezeichnete nun Hegel im § 211 (samt Zusatz) seiner *Rechtsphilosophie* als einen der „größten Schimpfe, der einer Nation angetan werden könnte“. Inzwischen ist übrigens aus dem Archiv der Humboldt-Universität nachgewiesen worden, dass die das preußischen Emanzipationsedikt vom 11. März 1812 (dessen § 8 die akademischen Lehramter auch Juden zugebilligt hatte) negierende Entscheidung der Berliner Juristenfakultät, laut der Juristenprofessoren jedenfalls nicht Juden sein dürfen, handschriftlich von Savigny stammt.⁸ Hegel hingegen hatte es im § 209 seiner Rechtsphilosophie für „unendlich wichtig“ erklärt, dass „der Mensch so gilt, weil er Mensch ist und nicht weil er Jude, Katholik, Protestant, Deutscher, Italiener usf. ist“.

Weitere Überlegungen der Autoren beziehen sich unter anderem auf die Ge-

gensätzlichkeit von Kant und Hegel in Bezug auf das Widerstandsrecht; auf die Fichte zuzuschreibenden Wurzeln des Hegelschen Staatsdenkens; auf Hegels Kritik empirischer Rechtsbetrachtung; auf die Gegensätze zwischen den Rechts- und den Links-Hegelianern; auf die vergeblichen Versuche, eine Annäherung zwischen Hegel und Marx zu reanimieren; über das Verhältnis von Rechtsgleichheit und sozialer Ungleichheit bei Hegel; auf ein Notrecht zum Widerstand gegen tiefste Armut bei Hegel; auf das Verhältnis von Schicksal, Schuld und Unschuld bei Hegel; auf das Verhältnis des Verstandes- zum Vernunftstaat bei Hegel; über Hegels Kritik des Kosmopolitismus und eines Weltstaates.

Kritisch zu vermerken ist die vollständige Nichtberücksichtigung der in der DDR – immerhin in deutscher Sprache! – publizierten Hegel-Literatur, der Editionen wie der Monographien. Sodann ist die Relation von Hegel zu Marx wie die von Hegel zu Lenin unterbelichtet, zumeist ausgeblendet.⁹ Dass Hegel in der Gedankenentwicklung von Karl Marx eine eigentlich unübersehbare Rolle spielte, haben (mit Ausnahme von: Mesut Bayraktar) die ansonst akkuraten Autoren „übersehen“. Dass Lenin Werke von Hegel exzerpierte und kommentierte, sie auch mit in die Verbannung nahm und dass sie später in seinem Kreml-Arbeitszimmer standen, ist unbestreitbar. Andere „linke“ Hegel-Deuter und

⁸ Gerhard Oberkofler, „Zwei Savigny-Voten über Eduard Gans“, in: *Topos*, 1993, Nr. 1, 1993, S. 123-148.

⁹ Anders hingegen die aus Anlass von Hegels 250. Geburtstag herausgegebenen Hegel-Studien, Bd. 53/54, Hamburg 2020: Hegels Rechtsphilosophie, in deren drittem Teil (S. 209-273) Andreas Arndt, Moritz May sowie Franz Heilgendorff und Marco Kleber „Hegels Rechtsphilosophie und Marx“ behandeln.

-Bekannter werden zumeist nicht einmal bibliographisch berücksichtigt, obwohl doch sie, wie auch Wilhelm Raimund Beyer, Hans Heinz Holz und Domenico Losurdo, über die Internationale Hegel-Gesellschaft in West wie in Ost in internationale Konferenzen und Streitgespräche ohne Ende eingebunden, sowie als Autoren in wissenschaftlichen Zeitschriften gefragt waren. Unkenntnis der heutigen Autoren ist es nicht, was ihnen vorzuwerfen ist.

Hermann Klenner

Die internationale Geschichte des Kapitalismus

Alexander Anievas und Kerem Nişancıoğlu: How the West Came To Rule. The Geopolitical Origins of Capitalism, Pluto Press, London 2015, 386 Seiten, 29,08 Euro.

Bereits 2015 erschien das englischsprachige Werk von Alexander Anievas und Kerem Nişancıoğlu. In insgesamt neun Kapiteln beleuchten die Politikwissenschaftler die erstaunlichen geschichtlichen Schauplätze der Entstehung und weltweiten Etablierung der kapitalistischen Produktionsweise. Mit der Anwendung der von Karl Marx skizzierten und von Leo Trotzki ausgearbeiteten Theorie der ungleichen und kombinierten Entwicklung gehen die Autoren auf eine globale Spurensuche der Herausbildung soziohistorischer Differenz und beleuchten dabei eine Reihe politisch-ökonomischer Prozesse außerhalb Europas sowie in der europäischen Peripherie, welche die Herausbildung kapitalistisch-bürgerlicher Staaten in Westeuropa erst ermöglichten.

So wird *das Internationale* in diesem ausführlichen Werk nicht nur betont, sondern immer wieder in seiner spezifischen geschichtlichen Erscheinungsform beschrieben und zu Westeuropa in Beziehung gesetzt. Die Autoren beschreiben, dass Ungleichheit Entwicklungsunterschiede voraussetzt (44). Dies sei „sowohl innerhalb als auch zwischen Gesellschaften“ (ebd.) so. Der Ausgangspunkt für Trotzki war schließlich die empirische Beobachtung über die grundlegende Ontologie der menschlichen Entwicklung: „dass eine Vielzahl von Gesellschaften, die sich in Größe, Kultur, politischer Organisation, materieller und immaterieller Produktivität unterscheiden, ein transhistorisches Merkmal der menschlichen Geschichte ist – ihr ‚allgemeinstes Gesetz‘“ (45). Aus dieser Beobachtung konnte Trotzki sowohl den quantitativen (mehrere Gesellschaften) als auch den qualitativen (unterschiedliche Gesellschaften) Charakter der gesellschaftlichen Entwicklung ableiten – was er als *ungleiche Entwicklung* bezeichnete. Doch anstatt einfach nur zwei statische Bestimmungen einer solchen Entwicklung zu setzen (Vielheit vs. Unterschiedlichkeit), versuchte Trotzki zu erfassen, wie ihre dialektische Interaktion die grundlegende Textur des historischen Prozesses als Ganzes nachzeichnen könnte. Das kombinierte in dieser Theorie „widerspricht jedem Stufenmodell der Entwicklung, da die Auswirkungen der Verschmelzung verschiedener Produktionsweisen innerhalb sozialer Formationen soziologisch zu mehr als der Summe ihrer Teile werden. Es wäre daher ein Fehler, irgendeine Form der kombinierten Entwicklung als eine Art Ide-

altyp zu betrachten, mit dem andere verglichen und kontrastiert werden können. Vielmehr gibt es keinen einheitlichen Typus der kombinierten Entwicklung, sondern nur eine Vielzahl differenzierter Formen und Verläufe.“ (49)

Nachdem Anievas und Nişancıoğlu die Transitions-Debatte (Übergang von Feudalismus zu Kapitalismus) innerhalb und außerhalb marxistischer Analysen nachzeichnen, ergründen sie die unterschiedlichen Formen und Verläufe der Entwicklung der kapitalistischen Produktivkräfte anhand fünf zentraler Momente: dem langen dreizehnten Jahrhundert, der osmanisch-habsburgischen Rivalität im langen sechzehnten Jahrhundert, der atlantischen Quellen des europäischen Kapitalismus, der ‚klassischen‘ bürgerlichen Revolutionen und der niederländischen Kolonisation in Südostasien. Gegen die dominante eurozentrische Erzählung, welche sich auch in vielen marxistischen Analysen weiter hält, zeigen die Autoren auf, wie das Aufkommen der kapitalistischen Moderne in Westeuropa gerade durch die weniger entwickelten Produktivkräfte der europäischen Feudalgesellschaften und somit ihrer reproduktiven Schwächen, das Potenzial für kapitalistische Durchbrüche eröffnete (258). Durch die Aneignung außereuropäischer Militärstrategien, Wissenschaft und Technologien, sowie durch den konstanten – auch kriegerischen – Austausch, welche die Eroberung der Mongolen oder auch die Rivalität mit dem Osmanischen Reich erbrachte, konnte Westeuropa Sprünge in seiner Produktivkraftentwicklung machen, die ohne diese meist unfreiwilligen Einflüsse und Begegnungen nicht

möglich gewesen wären. So räumen die Autoren mit der typischen eurozentrischen Erzählung von den rückständigen und stagnierenden asiatischen Imperien auf (ebd.).

Anievas und Nişancıoğlu kommen zu dem Fazit, dass die Entwicklung des Kapitalismus in England abhängig vom erweiterten Aktionsradius, den der Atlantik bot, war. „Insbesondere [...] durch die soziologische Verbindung von amerikanischem Land, afrikanischer Sklavenarbeit und englischem Kapital wurden die Grenzen des englischen Agrarkapitalismus überwunden. Nicht nur die erweiterte Zirkulationssphäre, die der transatlantische Dreieckshandel mit sich brachte, bot den britischen Kapitalisten zahlreiche Möglichkeiten, ihren Tätigkeitsbereich auszuweiten, sondern die Kombination verschiedener Arbeitsprozesse über den Atlantik hinweg ermöglichte die Neuzusammensetzung der Arbeit in Großbritannien durch die industrielle Revolution. Die Entwicklung der Produktivkräfte – und die tatsächliche Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital – beruhte somit auf der Ausbeutung einer transatlantischen subalternen Klasse, die sich aus Indigenen der Amerikas, afrikanischen Sklaven und Europäern“ zusammensetzte (275). Hinzu kommen diejenigen, die in Asien und Ozeanien zur Zwangsarbeit und teilweise auch in die Sklaverei gezwungen wurden.

Anievas und Nişancıoğlu legen mit ihrer detaillierten historischen Studie ein einmaliges Werk vor, welches Tributstaaten, nomadische Reiche und bäuerliche Bevölkerungen außereuropäischer Länder, die bisher als außerhalb der Geschichte der kapitalistischen Moderne stehend betrachtet

wurden, entschlossen in die Genese ihrer Entstehung holt (277). Daher machen die vorgebrachten Argumente ein Überdenken dessen erforderlich, was den Kapitalismus historisch und theoretisch ausmacht. „In dem Maße, wie die räumliche Reichweite der Geschichte des Kapitalismus auf ontologisch singuläre Analysen beschränkt ist, ist auch die theoretische Reichweite des Kapitalismus als analytische Kategorie begrenzt“ (278). Beispielsweise neigt ein ausschließlicher Fokus auf die englische Landbevölkerung dazu, die Herausbildung des Verhältnisses von Kapital und Lohnarbeit im Agrarkapitalismus zu privilegieren. „Im Gegensatz dazu ist diese Lohnarbeitsphäre zwar von grundlegender Bedeutung, hängt aber ihrerseits von einer Vielzahl unterschiedlicher sozialer Beziehungen ab, die sich nicht allein auf diese Sphäre reduzieren lassen. Eine Vielzahl von nicht entlohnten Arbeitsverhältnissen – von der Schuldknechtschaft bis zur Plantagensklaverei [...] – bildete die Grundlage für die (Re-)Produktion von Lohnarbeit und Kapital in London und Amsterdam. Und im Zentrum dieser außereuropäischen Prozesse stand die Geschichte von Gewalt, Terror, Unterwerfung und erzwungener Ausbeutung, die die herrschenden Klassen den Bevölkerungen überall auf der Welt angetan haben. Die Fähigkeit der kapitalistischen Produktionsweise, eine solche Vielzahl räumlich differenzierter Produktionsprozesse (Ungleichheit) zu subsumieren, auszubeuten und zu integrieren (zu kombinieren), ist von zentraler Bedeutung für ihre Geschichte und Logik.“ (ebd.) Für Anievas und Nişancioğlu würde die Abschaffung

der Lohnarbeit als Kategorie voraussetzen, „dass wir die Pluralität der politischen Erfahrungen ernst nehmen; sie würde die Frage aufwerfen, wie Ungleichheit und Kombination effektiv gegen den Kapitalismus eingesetzt werden könnten.“ (282).

Schwach wird die überzeugende Analyse auf den letzten Seiten, wenn ein sich verbindender Antikapitalismus als Antwort auf das kapitalistische Elend vorgeschlagen wird. Sehr pauschal wird mit einer nicht weiter beleuchteten „Orthodoxie der Arbeiterbewegung“ abgerechnet (281) – was der sonst so detailliert argumentierten Kritik des Bandes nicht gerecht wird. Eine deutsche Übersetzung scheint aktuell nicht in Planung – ein Vorhaben, von welchem sicherlich auch die deutschsprachige Debatte unter Marxist:innen sowie Forscher:innen zu Postkolonialismus profitieren würde.

Eleonora Roldán Mendivil

Sozialismus – Individualität und Gemeingüter

Michael Brie: Sozialismus neu entdecken. Ein hellblaues Bändchen zu den Widersprüchen einer solidarischen Gesellschaft, VSA:Verlag, Hamburg 2022, 176 S., 14,- Euro.

Der Beitrag von Michael Brie zur gegenwärtigen Sozialismus-Debatte bereichert diese in mehrfacher Hinsicht. Brie ist in der DDR aufgewachsen – als Sohn eines Diplomaten verbrachte er frühe Jahre in Beijing und Pjöngjang. Seine wissenschaftliche Laufbahn – bis zu einer Professur für Sozialphilosophie im Jahre 1990 – absolvierte er an der Humboldt Universität. Dort gehörte er 1988 mit Dieter

Klein und Rainer Land zum Forschungsprojekt „Konzeption eines modernen Sozialismus“, das sich immer wieder mit „Revisionismus“-Vorwürfen von Seiten der Chefideologen der herrschenden Denklinien ausgesetzt sah. Beim Aufbau der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach der Wende spielte er eine zentrale Rolle: als stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes, als erster Direktor des Instituts für Gesellschaftsanalyse sowie (bis heute) als Vorsitzender des wissenschaftlichen Beirates der Stiftung.

Ein besonderer Wert des „hellblauen Bändchens“ erschließt sich aus dieser Biographie, die mit der neueren Geschichte und dem Zusammenbruch des – sowjetisch geprägten – „realen Sozialismus“ verbunden ist. Im programmatischen Vorwort der Schrift wirft Brie grundsätzliche Fragen auf. „Die sozialistischen Bewegungen der bisherigen Wellen des Sozialismus im 19. und 20. Jahrhundert gingen genau deshalb unter, weil ihnen ein historisch sehr begrenztes Verständnis von Sozialismus zugrunde lag ... die Erneuerung des Sozialismus ist daher nicht ohne Erneuerung des sozialistischen Prinzips oder des Begriffs von Sozialismus möglich“ (8). Die – theoretische und praktische – Arbeit an dieser Erneuerung steht erst in ihren Anfängen. Daher gibt es viele „offene Fragen“, verbunden mit „tastender Suche“.

Die Basisprämisse von Brie lautet: „Die Widersprüche des Sozialismus als realer geschichtlicher Bewegung haben ... seit 400 Jahren – ihre Wurzeln im Kampf von Liberalismus und Kommunismus“. Sozialismus greift „die Impulse von individueller Emanzipation und von gemeinschaftlicher Befreiung“ auf und verbindet sie. So-

zialismus ist „der Weg der Vermittlung von Liberalismus und Kommunismus auf einer neuen institutionellen Grundlage und mit neuen Eigentums- und Machtverhältnissen“ (12), führt damit über Liberalismus und Kommunismus hinaus. Diese „Neubegründung des Sozialismus“ folgt einerseits aus den Niederlagen bzw. dem Niedergang der ersten Wellen. Sie ist aber zugleich Antwort auf die „Barbarei“, die sich gegenwärtig in den Krisen und Katastrophen des globalen Finanzmarktkapitalismus ausbreitet. „Die Linke hat (daher) ... nur dann eine Zukunft, wenn sie sich dieser beiden Quellen des Sozialismus bewusst wird und aus ihnen beiden in ihrer Widersprüchlichkeit die Kraft schöpft, die Kämpfe gegen Krieg, Umweltzerstörung und soziale Spaltung selbstbewusst zu führen“ (14). Sie muss sich dabei immer wieder mit den Widersprüchen auseinandersetzen, die sowohl dieser Vermittlungsarbeit als auch der realen „geschichtlichen Bewegung“ eingeschrieben sind.

In diesem Buch konzentriert sich Brie auf ideengeschichtliche Beiträge, die sich zum Sozialismus bekennen, aber gleichzeitig um die Spannung zwischen Freiheit und Gleichheit wissen, die die inneren Widersprüche der bürgerlichen Revolutionen ebenso auszeichnet wie die Klassenkämpfe und sozialistischen bzw. antiimperialistischen Revolutionen des 20. Jahrhunderts. Brie kritisiert einen hilflosen „Antikapitalismus“ der Sozialisten, die – wie er am Beispiel von Schumpeters Begriff der „schöpferischen Zerstörung“ zeigt – die „Stärken des Kapitalismus“ immer wieder unterschätzt haben. Er erinnert an frühe planwirtschaftliche Utopien aus dem

Wiener Kreis (Otto Neurath) sowie an Ludwig von Mises „Verdikt von der Unmöglichkeit einer sozialistischen Wirtschaftsordnung“. Schließlich findet er bei Karl Polanyi eine sozialistische Antwort auf das „Zeitalter der Katastrophen“ in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts: die Überwindung der Marktgesellschaft durch die gesellschaftliche Regulierung von „Arbeit, Land und Lohn“ sowie die Beschränkung der Unternehmermacht durch Mitbestimmung der Produzenten. Die politische Demokratie (und die Garantie der Freiheitsrechte) kann nur Bestand haben, wenn sie um die soziale und wirtschaftliche Demokratie erweitert wird. Das waren Grundgedanken des Austromarxismus (vor allem von Otto Bauer), die im „Roten Wien“ der 1920er Jahre – bis zur Niederlage des Jahres 1934 – partiell in die Praxis umgesetzt wurden.

Im letzten Kapitel des Buches behandelt Brie den „Sozialismus als solidarische Austragung des Widerspruchs der Entwicklung der einzelnen und freier Einwicklung aller“ (106 ff.) – stets eingedenk des Satzes aus dem „Manifest“ von Marx und Engels: „An die Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft mit ihren Klassen und Klassengegensätzen tritt eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist“ (MEW 4: 482). Brie entwickelt eine „erste allgemeinen Formel des Sozialismus“, die sich der Marx'schen allgemeinen Formel des Kapitalismus ($G - W - G'$) erinnert (116). Er fasst den Grundgedanken wie folgt zusammen: „Der Reichtum von Gesellschaften, in welchen sozialistische Produktionsweise herrscht, erscheint einerseits als

Reichtum an Möglichkeiten freier Entfaltung der Individuen in den zwischenmenschlichen Beziehungen und andererseits als Reichtum der natürlichen, sozialen und kulturellen Gemeingüter, die allen gemeinsam zur Verfügung stehen“ (110). Mit der „Erweiterung der Gemeingüter“ vollzieht sich ein „Zuwachs an Reichtum der Individualität“: $I - Gg - I'$ (116). Daran schließt sich die Frage an: „Unter welchen Bedingungen können in einer komplexen Gesellschaft die wirtschaftlichen Faktoren (Arbeitskraft, Naturressourcen und Produktionsmittel, Infrastruktur, Wissen und Kultur) so kombiniert werden, dass eine sich wechselseitig befördernde Entwicklung der gesellschaftlichen Individualität der Gesellschaftsmitglieder und der Gemeingüter der Gesellschaft erfolgen kann, die vor allem die Lage der am schlechtesten Gestellten verbessert?“ (119).

Beim Gang durch diese vielfältigen Widerspruchsfelder nähert sich Brie schließlich einer der wohl „schwierigsten Fragen der Gestaltung sozialistischer Verhältnisse“, die nach der „politischen Form für die Austragung der oben genannten Widersprüche“ (144 ff.). Er betritt hier das Feld der politischen Theorie des Marxismus, die – seit Marx und Engels selbst – erhebliche Defizite und Lücken aufweist. Bei Rousseau reflektiert sich mit der Unterscheidung von „volonté générale“ und „volonté des tous“ ein Grundproblem politischer Ordnung: wie nämlich aus der Vielzahl der Einzelwillen Regeln für die Ordnung des Gemeinwessens (und des „Gemeinwohls“) – also Gesetze oder Verfassungen, deren Einhaltung der Staat zu gewährleisten hat – entstehen. Bei Rousseau wird

die „volonté générale“ über Diskussionen und Abstimmungen sowie durch Wahlen in Volksversammlungen freier Bürger – gleichsam „von unten“ – ermittelt. Dieser Gedanke der plebiszitären Demokratie hat die sozialistischen Bewegungen der Neuzeit inspiriert (z.B. die Rätebewegungen im frühen 20. Jahrhundert). Sie waren aber auch stets – von Seiten der Anhänger der repräsentativen Demokratie – dem Verdacht des Totalitarismus ausgesetzt. Immerhin hatte sich Maximilien Robespierre bei der Begründung der Notwendigkeit der Diktatur und ihrer Gewaltmaßnahmen zur Verteidigung der Revolution in den Jahren 1793/94 immer wieder auf Rousseau berufen und die „volonté générale“ mit einer Diktatur der „Vernunft“ (im Sinne der Aufklärung) und dem Werk der Guillotine identifiziert.

Die Fragen nach der politischen Form komplexer sozialistischer Gesellschaften der Zukunft sollten sich vielleicht eher auf die Frage konzentrieren, wie die Ausführungen von Engels (und auch Marx) zum Begriff des „Absterbens“ des Staates bzw. der „Zurücknahme des Staates in die Gesellschaft“ – im Ergebnis der Aufhebung der Klassen und der „planmäßigen bewussten Organisation der Produktion“ – zu interpretieren und zu erweitern seien. Offenbar dachten sie daran, dass sich mit der Abschaffung der „Regierung über Personen“ (also des repressiven Charakters der Staatsgewalt) zugleich die „Verwaltung von Sachen“ und die „Leitung von Produktionsprozessen“ im Sinne der Selbstverwaltung – in Kommunen, in Betrieben, in Institutionen der Bildung, der Kultur usw. – durchsetzt.

Der Beitrag von Michael Brie zur So-

zialismusdebatte fordert zu offenen Debatten, zur Anerkennung von Widersprüchen und vor allem zur radikalen Kritik an den untergangenen Systemen des realen Sozialismus auf. Das muss aber auch die Analyse des Scheiterns und der Widersprüche sozialdemokratischer Ideologie und Politik einschließen, die sich gegen den leninistischen Kommunismus positionierte. Sie bezog sich stets darauf, dass sie das Erbe des Liberalismus und die individuellen Freiheitsrechte in ihre Programmatik und Politik aufgenommen hatte. Dabei wäre auch zu fragen, wie die Geschichte des Sozialismus und Kommunismus seit dem 19. Jahrhundert nicht nur durch die in dem Buch von Brie behandelten Widersprüche geprägt wurde. Immer dann, wenn der Kapitalismus in Krisen geriet und neue „Wellen“ des Sozialismus aufschlugen, wurden die Akteure mit einer Dialektik von Revolution und Gegenrevolution konfrontiert. Sie waren deshalb gezwungen, mit Gewalt, aber auch durch die Mobilisierung der Kräfte der subalternen Klassen für das Überleben des sozialistischen Projektes zu kämpfen. Zu den offenen Widersprüchen zählt daher auch die Frage, wie diese Zwangskonstellation mit dem Sieg über die Gegenrevolution in Formen gesellschaftlicher und politischer Selbstverwaltung und individueller Freiheit zurückgenommen werden kann. Im Vorspann des Buches wird erwähnt, dass es auf „Vorlesungen basiert, die Michael Brie in Shanghai im Herbst 2018“ gehalten hat. Man muss daher auf das von ihm angekündigte Buch „Chinas Sozialismus neu entdecken“ gespannt sein.

Frank Deppe

Felix Weil: Gründer des „Instituts für Sozialforschung“

Hans-Peter Gruber: „Aus der Art geschlagen.“ Eine politische Biografie von Felix Weil (1898-1975), Campus Verlag, Frankfurt/M. 2022, 776 S., 49,- Euro.

Im Vorfeld des hundertsten Jahrestags der Gründung des „Instituts für Sozialforschung“ (IfS) – Anfang 1923 – mehren sich die Anzeichen dafür, dass nun dem eigentlichen Gründer des IfS die – bislang nicht selten vorenthalte- ne – Anerkennung für seine Lebensleistung zukommt. Mehrere Biografien (2014, 2017 und nun 2022)¹ sowie ein in Arbeit befindlicher Dokumentarfilm über sein Leben scheinen dafür zu sprechen.

Felix Weils Leben ist in der Tat von einer enormen Spannweite sehr unterschiedlicher, wechselnder Aktivitäten, weit auseinander liegender Wirkungsorte und variierender Resultate seiner Tätigkeit gekennzeichnet; bei gleichzeitiger Konstanz seines Glaubens an einen „pluralen Marxismus“ und einen „praktisch wirksamen Sozialismus“. Zu letzterem hatte sich der in Buenos Aires geborene Sohn eines deutsch-jüdisch-argentinischen Multimillionärs, der sein Vermögen vor allem mit dem Weizenexport aus Argentinien gemacht hatte, im Gefolge der Novemberrevolution und der Nachkriegskrise in Deutschland hin entwickelt. Ein großer Teil seines späteren Tuns schwankte zwischen den

Polen geschäftlicher Interessen/Vermögenssicherung einerseits und dem praktischen Einsatz für sozialistische Ziele andererseits; wobei ersteres immer weniger als Selbstzweck figurierte, sondern als Grundlage für das zweite gesehen wurde. Gleichzeitig fand der promovierte Ökonom gelegentlich noch Zeit, wissenschaftlich zu arbeiten. Eine Reise nach Argentinien (1920-21) beispielsweise diente dazu, die Lage des dortigen Unternehmenskomplexes kennenzulernen, gleichzeitig sollte Weil auf Bitte des Vorsitzenden der „Kommunistischen Internationale“, G. Sinowjews, die Lage der argentinischen Arbeiterbewegung bzw. die im Entstehen begriffene dortige kommunistische Partei beurteilen; daraus entstand eine innovative Studie zur Geschichte und Struktur der argentinischen Arbeiterklasse.

Von ca. 1922 bis fast zum Ende der 1920er Jahre war Weil überwiegend mit der von ihm häufig bezeichneten „Lebensaufgabe“ befasst: Der Gründung eines marxistisch orientierten Forschungs- und Studieninstituts, des IfS. Es ist nicht zuletzt durch Grubers Biografie noch einmal deutlich geworden, dass Weil dabei eine zentrale Rolle zukam: Sowohl Idee und Konzipierung im Einzelnen, Schaffung der finanziellen Grundlagen (im Verein mit Vater Hermann Weil), sowie die politisch-rechtliche Durchsetzung gegenüber einer überwiegend konservativen Umwelt, die personelle Besetzung und Fortentwicklung in den ersten Jahren – all das wäre ohne Weil nicht denkbar gewesen. Unterstützt wurde er dabei von K.A. Gerlach, einem jungen, sich nach links entwickelnden Wirtschaftsprofessor, der die

¹ Rapoport, Mario: Bolchevique de salón. Vida de Félix J. Weil, el fundador argentino de la Escuela de Frankfurt, Buenos Aires 2014 sowie: Erazo Heufelder, Jeanette. Der argentinische Krösus. Kleine Wirtschaftsgeschichte der Frankfurter Schule, Berlin 2017

Leitung übernehmen sollte, aber kurz vor der endgültigen Gründung verstarb; auch Karl Korsch und Friedrich Pollock waren Gesprächspartner Weils in der Gründungsphase. Horkheimer spielte praktisch keine Rolle.

Über die Station Berlin 1929/30, wo Weil kulturelle und künstlerische Projekte und Personen (z.B. den Malik-Verlag, Erwin Piscator, John Heartfield, George Grosz u.a., die Filmproduktion, z.B. „Panzerkreuzer Potemkin“) und vieles andere finanziell förderte, erfolgte die Rückkehr nach Argentinien 1930 (nicht ohne zuvor die finanziellen Grundlagen des IfS vor dem Zugriff der Nazis in Sicherheit gebracht zu haben).² In Argentinien, wo er bis 1935 lebte, nahm er größere Veränderungen im Unternehmen vor und arbeitete in einem regierungsnahen „Think Tank“ u.a. an der Ausarbeitung und Einführung eines ersten Einkommensteuergesetzes und hielt Kurse und Vorlesungen an einer „höheren Studienanstalt“ für hohe Wirtschaftsfunktionäre und Beamte.

1935 verließ er Argentinien, um nach New York zu wechseln, wo er auf die emigrierten Institutsmitglieder und neue Wissenschaftler traf, die nun im oder im Umfeld des Instituts arbeiteten (z.B. H. Marcuse, F. Neumann, O. Kirchheimer u.a.). Dort beteiligte er sich an vielen Diskussionen (u.a. über

Faschismus und die ihm zugrunde liegende Produktionsweise), an einzelnen Projekten und Übersetzungsarbeiten/ Sammelrezensionen für die Zeitschrift, schrieb aber hauptsächlich an einem 1944 publizierten Buch über Argentinien („The argentine riddle“), in welchem er die Ursachen der relativen Unterentwicklung des Landes und die Möglichkeiten ihrer Überwindung in den Mittelpunkt stellte; dabei rekurrierte er auf seine Landesstudien von Anfang der 1920er Jahre sowie auf seine Studien in den 1930er Jahren. Seine späteren Interpretationen des Peronismus als „Faschismus sui generis“ referiert Gruber nur, ohne die Kritik an dieser Sichtweise seitens des ersten Biographen Weils, Mario Rapoport, zu thematisieren.

1945 übersiedelte Weil an die Westküste nahe von Los Angeles („Pacific Palisades“), wo unter anderem schon Horkheimer, Adorno und dann auch Pollock sowie viele prominente Intellektuelle, Künstler und Schriftsteller der Weimarer Republik lebten. 1946 nahm er die US-Staatsbürgerschaft an und lehnte es ab, wie andere Institutsmitglieder (Horkheimer, Adorno, Pollock) nach Deutschland/ Frankfurt zurückzukehren, um einen Neubeginn des IfS ins Auge zu fassen; was allerdings gelegentliche Reisen nach Frankfurt, z.B. bei der Einweihung des neuen IfS 1951, nicht ausschloss. Ab Ende der 1960er Jahre verbrachte er einige Jahre in Deutschland, wo er in Ramstein US-Soldaten und Offiziere unterrichtete, um sie auf die Rückkehr ins zivile Leben vorzubereiten. In diese Zeit fällt auch der Beginn der Arbeit an einer fast vollständig fertiggestellten Autobiografie, die aber nie veröffentlicht wurde. In ihr kommt es

² In den letzten Jahren vor dem NS-Machtantritt unterstützte er die „KPD-Opposition“ (KPO), die entgegen dem ultralinken Kurs der stalinisierten Mehrheits-KPD, den heraufziehenden Faschismus genauer analysierte und vor allem gegen die „Sozialfaschismus“-Politik auftrat. Dies war für Weil eine Ausnahme, da er ansonsten gegenüber parteipolitischen Bindungen oder Beziehungen eine deutliche Distanz wahrte.

auch zur deutlichen Kritik an und Distanzierung von Horkheimer und Pollock, mit denen er fast sein ganzes Leben eng verbunden war; er kritisiert dabei, dass sie seine Bedeutung für die Gründung des IfS immer herunterspielten, sie aufs finanzielle Mäzenatentum reduzierten und seine wissenschaftlichen Beiträge unterschätzten. Auch die immer stärkere Abwendung vom marxistischen Denken und damit von den ursprünglichen Intentionen des IfS wird von ihm hervorgehoben; allerdings erst jetzt, nach dem Tod der beiden ehemaligen Freunde.

Die äußerst detaillierte, auf unzähligen Quellen basierende, fast 800 Seiten umfassende Forschungsarbeit von Hans-Peter Gruber wird zweifellos noch lange Zeit – ungeachtet kleiner, bedeutungsloser Fehler – als die ultimative Biografie über Felix Weil gelten, der – bislang häufig unterschätzt – zu den interessantesten und facettenreichsten Persönlichkeiten des vorigen Jahrhunderts gehörte.

Dieter Boris

Frieden in Geschichte und Gegenwart

Domenico Losurdo: Eine Welt ohne Krieg. Die Friedensidee von den Verheißungen der Vergangenheit zu den Tragödien der Gegenwart, PapyRossa Verlag, Köln 2022, 462 S., 28,- Euro.

Eine kritische Geschichte der Idee des Friedens zur richtigen Zeit! Der italienische Philosoph und Historiker, Domenico Losurdo (1941-2018), zu Lebzeiten marxistisch-kritischer Gelehrter an der Universität von Urbino, hat sie als Alterswerk noch vorgelegt. Eine Schrift, die seit ihrem Erscheinen von der hiesigen Friedensbewegung

noch kaum wahrgenommen und rezipiert wurde. Es ist natürlich die alles überragende Pamphlet-Schrift „Zum ewigen Frieden“ des Königsberger Aufklärer-Gelehrten Immanuel Kant, die als Eckpfeiler und Bezugspunkt von Losurdos Betrachtungen zunächst am Anfang steht.

Von dort her arbeitet sich Losurdo durch sein Thema hindurch bis zur Gegenwart, zur Frage nach der Bedeutung der universellen Idee des Friedens heute, die ob der Barbarei neuer Kriege völlig an den Rand gedrängt wird, ja sogar unterzugehen droht. Losurdo nimmt die weltpolitischen Entwicklungen, Konstellationen und Verschiebungen der Gegenwart in den Blick, vor allem in den Kapiteln 10: „Universelle Demokratie und ‚endgültiger Frieden?‘“ (323-350), 11: „Ein neuer großer Krieg im Namen der Demokratie?“ (351-385) und 12: „Wie heute für eine Welt ohne Krieg kämpfen?“ (386-422). Besonders in diesem letzten regulären Buchkapitel äußert er Zweifel an westlicher Lesart der Idee des Friedens als „Haus der Begrenzung des Krieges“. Er stellt die Frage nach Kriegsverhinderung durch Machtbegrenzung und provokant danach, wer uns vor der „Responsability to Protect“ schützt? Er geht der Frage nach, mit welchen Veränderungen Frieden gefördert werden könnte, kommt noch einmal auf den Zusammenhang Staat, Krieg und Utopien des 20. Jahrhunderts zu sprechen. Und, darin ganz materialistischer Dialektiker, sieht er das Ideal des ewigen Friedens konkret herausgefordert durch die „Schule des politischen Realismus“, was durchgehend seinen Analyse-Ansatz markiert.

Wenn wir von tauglichen Friedens-

Konzepten und Ideen-Träger:innen für Frieden und Gewaltlosigkeit reden, kommen Namen auf, die bis auf den Gandhis alle bei Losurdo nicht vorkommen. Dafür hat er sich kritisch mit Gewaltfreiheit, mit Thoreau, Tolstoi, Gandhi, Martin Luther King jr. u. a. in seinem Buch „Gewaltlosigkeit. Eine Gegengeschichte“ (Argument, Hamburg 2015) auseinandergesetzt, deren naiver Anhänger oder Fürsprecher er nicht ist. Losurdo verfolgt vorrangig einen ideengeschichtlichen, weniger einen biografischen Ansatz. Dafür spielen neben Kant Namen wie Fichte, Hegel, Machiavelli, Napoleon, Tocqueville, Marx, Comte, Spencer, Cloots, Jaurès, Trotzki, Lenin, Liebknecht, Wilson bei ihm eine wichtige Rolle. Das macht den von Losurdo gezogenen Radius deutlich: es geht in der Tat nicht um die örtliche oder personale, sondern um die systemisch-epochale Dimension Frieden in der neueren Weltgeschichte. Was seinen Ansatz interessant, ja maßgeblich erscheinen und zugleich gewöhnungsbedürftig macht, ist die Suche nach Friedensansätzen bei Machiavelli oder Napoleon, die von „Frieden“ redeten, aber etwas anderes darunter verstanden und damit meinten. Die jeweiligen Buchabschnitte dazu belehren einen entsprechend.

Im Wesentlichen sind es fünf weltpolitische Wendepunkte, die er im Vorwort zu seinem Buch skizziert, deren Beschreibung hier in Gänze zitiert werden soll. Es geht für den Autor „darum, die historischen Momente zu untersuchen, in denen dieses Ideal (einer Welt ohne Krieg und Kriegsgefahr, d. Rez.) bekannte Persönlichkeiten, beträchtliche Teile der öffentlichen Meinung und manchmal Massen

von Männern und Frauen inspiriert hat, und jedenfalls zu einer echten politischen Kraft geworden ist. Wir haben es im Grunde mit fünf Wendepunkten in der neueren Geschichte zu tun. Der erste setzt 1789 mit den Versprechungen und Hoffnungen der Französischen Revolution ein, die nach dem Sturz des Ancien Régime nicht nur das Ende der traditionellen, dynastischen und Kabinettskriege bedeutet, sondern der Geißel des Krieges an sich ein Ende setzen würde, und endete in den endlosen Eroberungskriegen der napoleonischen Ära. Der zweite Wendepunkt ist von geringerer Bedeutung: Für einen kurzen Zeitraum bemächtigte sich die Heilige Allianz der Fahne des ewigen Friedens oder versuchte, sie zu ergreifen, allerdings mit dem Ziel, militärische Kriege zu rechtfertigen und zu legitimieren, die sie gegen jene Länder führte, die geneigt waren, sich trotz der Niederlage der Revolution von dieser anstecken zu lassen, und sich dadurch schuldig machten, die Restauration und heilige Ordnung, die der Wiener Kongress nach der Niederlage Napoleons installiert hatte, in die Krise zu stürzen.

Den dritten Wendepunkt sah man in der Entwicklung des Welthandels und der modernen Industriegesellschaft, die Hand in Hand mit der Illusion ging, dass die neue wirtschaftliche und soziale Realität den Geist der Eroberung durch Kriege verschwinden lassen würde. Eine Illusion, die die Augen vor den Massakern verschloss, die in jenen Jahrzehnten mehr denn je mit dem kolonialen Expansionismus verbunden sind und denen das Gemetzel des Ersten Weltkriegs ein Ende setzt.“ Dem zweiten Punkt ordnet

Losurdo als Land Österreich bzw. das Habsburger Reich zu, dem dritten Großbritannien als Protagonisten der industriellen Revolution. Er fährt fort: „Der vierte Wendepunkt wurde mit der russischen Revolution im Oktober 1917 eingeleitet, die im Gefolge des Kampfes gegen den Krieg ausgebrochen war und im Kapitalismus – Kolonialismus – Imperialismus das System sah, das gestürzt werden musste, um den Weg für die Verwirklichung des ewigen Friedens zu ebnen. Das Ende waren blutige Konflikte und wirkliche Kriege, die das ‚sozialistische Lager‘ selbst zerrissen.

Schließlich der fünfte Wendepunkt: Nachdem er eine Phase langer, heterogener Gärungsprozesse und ideologischer Vorbereitungen erfahren hatte, beginnt er mit dem Eintreten der Vereinigten Staaten in den Ersten Weltkrieg, beschlossen von Präsident Woodrow Wilson im Namen des ‚endgültigen Friedens‘, der mit der Niederlage des Despotismus, insbesondere des wilhelminischen Deutschlands, Wirklichkeit werden sollte. Er gipfelt im Triumph des Westens und seines führenden Landes im Kalten Krieg und im Beginn der ‚neokonservativen Revolution‘. Von diesem Augenblick an wird die weltweite Ausbreitung liberaler, demokratischer Institutionen und des freien Marktes als Schlüssel für den endgültigen Triumph der Sache des Friedens angesehen und hervorgehoben; es handelt sich jedoch um eine Aussage, die mit einer Reihe von ‚internationalen Polizeieinsätzen‘ und ‚humanitären Kriegen‘ an Glaubwürdigkeit verliert, ebenso wie mit der Eskalation von Konflikten und Spannungen, die die Gefahr von Kriegen auf die Tages-

ordnung setzt, die nicht minder blutig wären, als jene, die im 20. Jahrhundert ausgebrochen sind.“ (13/14).

In Losurdos Buch wird eine weite Gesichtsperspektive aufgetan und mit Material angefüllt. Allein das macht es nützlich für die Krieg-Frieden-Diskussion nicht nur der Friedensbewegung und der Linken. Dabei muss sich der Leser/die Leserin von dem Gedanken freimachen, es ginge bei der ‚Idee des Friedens‘ immer nur um ein Positivum. Denn häufig wird diese Idee ideologisiert missbraucht.

Elmar Klink

Enrico Berlinguer

Chiara Valentini: Der eigenartige Genosse Enrico Berlinguer. Ein Kommunist und Demokrat im Nachkriegseuropa, Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2022, S. 480, 32,- Euro.

Anlässlich des 100. Geburtstages von Enrico Berlinguer erschien die in Italien bereits 2014 – zu seinem 30. Todestag – veröffentlichte Biographie dieses letzten großen Vorsitzenden der Kommunistischen Partei Italiens (KPI) auch in Deutschland. Vor dem Hintergrund der Regierungsübernahme durch die Postfaschisten der Fratelli d'Italia und den seit Jahren zu beobachtenden Niedergang der antagonistischen Linken in Italien (vgl. Azzarà in Z 132) erhält Valentinis Blick auf Berlinguer und die von ihm geprägte elektorale Hochphase der KPI, verbunden mit dem unübersehbaren Beginn des Untergangs, eine besondere Form wehmütiger Aktualität. Denn trotz einer jahrzehntelangen Massenverankerung bei den abhängig Beschäftigten, einer von Berlinguer

beförderten Trennung vom erstarrten Block des östlichen Realsozialismus und der Bereitschaft zum „historischen Kompromiss“ mit Italiens beherrschendem konservativen Block gerät die KPI in den Strudel des Untergangs der Sowjetunion, in dem auch sie schließlich verschwindet.

In zwei Teilen nähert sich die Autorin ihrer Figur, deren Ausstrahlung und Bedeutung für die KPI aber auch für ihren Niedergang gar nicht überschätzt werden kann und die im Gedenkjahr 2022 noch einmal die Feuilletons der großen Zeitungen in Italien füllte. Von der frühen kommunistischen Politisierung in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre, über den Beitritt zur KPI 1941 im sardischen Sassari, der Heimat Berlinguers und dem Aufstieg innerhalb der KPI handelt Teil 1, während Teil 2 die Zeit Berlinguers als Generalsekretär der Partei bis zu seinem plötzlichen und frühen Tod 1984 schildert.

Berlinguer gehört, anders als Palmiro Togliatti oder Luigi Longo, nicht zur „heroischen“ Generation der KPI-Führer. Zu jung und in Sardinien zu isoliert, um an der Resistenza beteiligt zu sein, bildet der Faschismus doch die Ausgangserfahrung Berlinguers für seine Entscheidung für den Kommunismus. Aus bürgerlichen Verhältnissen stammend ist ihm dies keineswegs in die Wiege gelegt, doch festigt die Beteiligung an den „Brotaufständen“ 1944 seine Bindung in die KP, der er 1943 beigetreten ist. Die Entscheidung, sein Studium aufzugeben und als „Berufsrevolutionär“ sich voll und ganz in den Dienst der Partei zu stellen, soll während der 100 Tage Haft als Folge der Aufstände gefallen sein.

Berlinguer, so beschreibt ihn Valentini, war immer ein Mann des Apparates, ein Parteisoldat im positiven Sinne. Früh, schon 1944, kommt er in Kontakt mit Togliatti und Longo. Es gilt, die Partei aus der Illegalität der Resistenza zu einem Faktor im neuen Italien zu machen, denn, so formuliert es Longo: „ab den ersten Stunden der Befreiung müssen die Kommunisten überall offen präsent sein.“ (47) Berlinguers Aufgabe ist dabei der Aufbau des Jugendverbandes in Mailand. Bis 1956 bleibt er in verschiedenen Führungsfunktionen der Jugendpolitik der Partei verbunden und erlebt mit dem Tod Stalins und dem Ungarn-Aufstand die ersten Krisen der kommunistischen Weltbewegung in seiner aktiven Zeit. National zeigte sich schon früher, dass den Kommunisten im aufziehenden Kalten Krieg der Wind ins Gesucht bläst. War die KPI nach der Befreiung noch anerkannt und Teil der neuen demokratischen Führung des Landes, wird sie schon 1947 von De Gasperi und den Konservativen zum Feind erklärt, dessen man sich mit allen Mitteln entledigen will. Die lange Phase des politischen Ausschlusses der KPI beginnt und der Umgang damit prägt auch die späterer Politik Berlinguers.

Der Bruch mit Stalin nach dessen Tod stürzt die Partei in Verwirrung, zu vieles, was bis gestern noch richtig war, muss jetzt in Frage gestellt werden. Italo Calvino bringt die Situation mit dem Satz „Die Nachkommen sind da“ auf den Punkt. Berlinguer gehört zu den mäßigenden Stimmen, die vor allem auf die Einheit der Partei bedacht sind. Anders verhält er sich bei der Bewertung der Ereignisse in Ungarn 1956. Intern stellt er sich in der

Parteiführung an die Seite des einzigen Kritikers der Linie Togliattis, der die Kritik am Vorgehen der Sowjetunion klein halten will. Und Berlinguer geht noch weiter und fordert, unterschiedliche Sichtweisen in der Parteiführung auch öffentlich zu diskutieren. Damit ist ein Lebensthema des Politikers Berlinguer angesprochen: die Frage der Verbindung von Sozialismus und Demokratie. Ab Mitte der 1950er Jahre wurde sie in der KPI zum Thema und Pietro Ingrao bringt sie auf den entscheidenden Punkt, wie man mit Pluralismus und Machtwechsel als Kommunist umgehe: „Also, wenn wir einmal die Macht erlangt haben, geben wir sie wieder auf oder nicht?“ (109) Für Berlinguer wird dieses Verhältnis zur Demokratie im Laufe der Jahre immer bestimmender werden.

Auch innerhalb der Kommunistischen Weltbewegung wird diese Frage zentraler und legt den Keim zum Bruch der KPI mit der Sowjetunion, der durch die Niederschlagung der Reformbewegung in der Tschechoslowakei 1968 beschleunigt wurde. Auch wenn Longo – als Nachfolger Togliattis – und Berlinguer den Bruch mit Moskau vermeiden wollen, verweigern sie sich einer Legitimierung der Intervention. Berlinguer macht diese Position der Eigenständigkeit auch 1969 bei einer Konferenz im Kreml deutlich: „Wir lehnen das Konzept ab, wonach es nur ein einziges Modell der sozialistischen Gesellschaft geben kann, gültig für alle Situationen (...). In Wahrheit existieren dieselben allgemeinen Gesetze der gesellschaftlichen Entwicklung niemals im reinen Zustand, sondern immer nur in einer besonderen Wirklichkeit, historisch bedingt und unwiederholbar. Diese

zwei Aspekte gegenüberzustellen, ist schematisch und dogmatisch und bedeutet, das Wesen des Marxismus selbst zu leugnen.“ (177)

Die zwölf Jahre, die Enrico Berlinguer der KPI als Generalsekretär vorsaß, waren von den größten elektoralen Erfolgen der Partei gekennzeichnet, die ihr bei den Parlamentswahlen 1976 über 34 Prozent der Stimmen einbrachten. Aber noch immer war die KPI von jeder Form der Regierungsbeteiligung ausgeschlossen. Der „historische Kompromiss“ mit dem Berlinguer bis heute vor allem verbunden wird, war der Versuch, das hermetische Lager der konservativen Democrazia Cristiana (DC) aufzubrechen und eine Modernisierung des Landes unter Anerkennung der Rolle und Bedürfnisse der Arbeiterklasse zu erreichen. Allen Führer der KPI war seit der Befreiung vom Faschismus bewusst, dass mächtige geopolitische Interessen gegen jede Regierungsbeteiligung der KPI ins Feld geführt und auch mit sehr konkreten Drohungen unterlegt wurden. Schon Togliatti akzeptierte die wirtschaftliche Führungsrolle der konservativen Vertreter der Kapitalinteressen im Tausch gegen die republikanische Verfassung, um einen Staatsstreich gegen die Demokratie wie in Griechenland zu vermeiden. Und Berlinguer und der KPI in den 1970er Jahren stand das Beispiel des von den USA unterstützten rechten Putsches in Chile gegen die Regierung Allende vor Augen. Drei Jahre, von 1976 bis 1979 dauert der Prozess der versuchten Annäherung von KPI und DC, die vor allem von Berlinguer und dem Vorsitzenden der DC Aldo Moro getragen wird. Für die KPI endet diese Phase in einem De-

saster, denn sie gibt viel und bekommt wenig. Die Ermordung Moros durch die Roten Brigaden ist laut Lucio Magri nicht der Endpunkt des Experiments, denn dieses sei schon früher durch den Unwillen in der DC gescheitert, was Berlinguer aber erst später zur Kenntnis nehmen wollte.

Relativ einfach wäre es, diese Phase als Ausdruck der endgültigen Parlamentarisierung und Sozialdemokratisierung der KPI zu bewerten, die Folgerichtig in den Untergang geführt habe. Valentini führt jedoch viele Punkte an, warum das zu einfach ist. Bei allen Fehleinschätzungen und Illusionen denen sich Berlinguer in dieser Zeit hingeben haben mag, erkennt man in Valentinis Darstellung einen Politiker, der mit jeder Faser seines Lebens um Wege oder vielleicht auch nur Ansätze eines demokratischen Sozialismus ringt. Das führt zu Reformismus und Fehlern, die jedoch – und das macht die dichte Darstellung der Autorin deutlich – nahezu unvermeidlich sind, wenn man sich auf gestaltende Politik in einer westlichen parlamentarischen Demokratie einlässt.

Aus heutiger Sicht und auch mit Blick auf den Niedergang einer sozialistischen Linken in Deutschland fasziniert die Ernsthaftigkeit, das Bemühen um analytische Tiefe, die Bereitschaft zur Selbstreflexion und die Offenheit für Neues, die Valentini in der Figur des Enrico Berlinguer aufzeigt.

Eine arte-Dokumentation aus dem Jahr 2014 zeigt die mehr als 1,5 Millionen Menschen, die zum Trauerzug für Enrico Berlinguer am 13. Juni 1984 auf die Piazza San Giovanni gekommen sind, um sich von einer großen Figur des westlichen Kommunis-

mus zu verabschieden. Dass „Kommunismus“ über viele Jahrzehnte und in Teilen bis heute in Italien einen anderen, besseren Klang hat, hat viel mit Berlinguer zu tun.

Gerd Wiegel

Die braune Wirtschaftselite

Paul Windolf/Christian Marx: Die braune Wirtschaftselite. Unternehmer und Manager in der NSDAP, Campus Verlag, Frankfurt/New York 2022, 457 S., 39,- Euro.

Ziel vorliegender Studie ist es, „Interessen, Motive und Überzeugungen“ zu erforschen, die „Mitglieder der Wirtschaftselite veranlasst haben, zu Parteigenossen zu werden“; wobei die Mitgliedschaft in der NSDAP als wichtiger – wenn auch nicht ausschließlicher – Indikator der Nähe zum NS-Regime gewertet wird. Untersucht werden Unternehmer und Manager von Großunternehmen zwischen 1933 und 1938, die dort alleamt Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder in diesem Zeitraum waren. Empirischer Ausgangspunkt der Studie ist der Umstand, dass der Prozentanteil der NSDAP-Mitglieder in der deutschen Bevölkerung insgesamt bei 12% Ende 1939 lag, der bei den Unternehmen und Managern von Großunternehmen mit 37% mehr als dreimal so hoch war. Intention der Studie, die von einem Soziologen und einem Zeithistoriker gemeinsam verfasst wurde, ist es, die aufgeworfenen Fragen im Sinne einer „historischen Sozialwissenschaft“ anzugehen und letztlich eine gesellschaftlich fundierte „Kollektivbiographie“, einschließlich unterschiedlicher Typen von Beitrittswilligen zu entwerfen.

Im Anfangskapitel werden die historiographischen Tendenzen zum Thema „Unternehmer und Nationalsozialismus“ in der Bundesrepublik mit ihren recht unterschiedlichen Akzentsetzungen, Positionen und Wirkungen auf die öffentliche Meinung sachkundig dargestellt. Im folgenden Kapitel wird die allgemeine Frage, ob „die Unternehmer ‚Nazis‘“ waren, einführend diskutiert, wobei zwischen Interessen, Gesinnungen, Motiven und Verhalten unterschieden wird. In Bezug auf die Gegnerschaft zur Weimarer Republik, den Wunsch einer weitgehenden Ausschaltung von Gewerkschaften und Parteien der Arbeiterbewegung, der strikten Ablehnung des Versailler Vertrags und dem Wunsch, Deutschland wieder zur Großmacht zu machen, scheint die Übereinstimmung zwischen Nazis und Unternehmern am weitesten gegangen zu sein. Insofern war das politische Agieren der Unternehmer (ob im Verband oder in entsprechenden Parteien) zumindest indirekt eine Stütze für den Aufschwung der NS-Bewegung, auch wenn die finanzielle und direkte Unterstützung Hitlers vor 1933 wohl nicht sehr wichtig gewesen sein mag (62). Auch hinsichtlich der Abschaffung der Demokratie, der Entmachtung der Gewerkschaften, der Auflösung der intermediären Interessenverbände sowie der forcierten Aufrüstung scheint die Zustimmung der Unternehmer – möglicherweise mit einem leichten zahlenmäßigen Abstand zu den erstgenannten Zielen – recht deutlich gewesen zu sein. Im Hinblick auf eine dritte Radikalisierungsstufe: fanatische Rassenideologie, aggressiver Antisemitismus, Befürwortung von auf Vernichtung abzielender Eroberungszüge, massenhafter Einrichtung

von KZs etc. war das Ausmaß der Zustimmung seitens der Unternehmer zum NS-Regime offenbar geringer; obwohl diese den „Arisierungsprozessen“ von jüdischen Unternehmen und Vermögen, den massenhaften Einsätzen von Millionen von ausländischen Zwangsarbeitern überwiegend positiv gegenüberstanden. In der Frage des Primats von Politik versus Wirtschaft bzw. der Diskussion um relative Autonomie der Unternehmer oder Zwangssituation dieser gegenüber den Forderungen der NS-Politik gehen die Autoren von einer gewissen „wechselseitigen Abhängigkeit“ (20) aus. „Das NS-Regime respektierte weitgehend die ökonomischen Interessen und den sozialen Status der Wirtschaftselite – im Austausch gegen eine kritiklose Folgebereitschaft gegenüber seinen Forderungen (Aufrüstung und Autarkie).“ (86)

Motive zur Nähe oder zum Beitritt in die NS-Partei waren vielfältig, ohne sich zu widersprechen; nicht selten kumulierten sie sich, wobei hinsichtlich einzelner Motive besondere Akzentuierungen vorlagen. Die NSDAP als „Türöffner“ und als „Schutzschild“ zwecks Durchsetzung eigener ökonomischer Interessen zu sehen war ebenso häufig wie Gesinnungs- und Ideologieübereinstimmung (oder Nähe) bis hin zum anpassungsbereiten Opportunismus, gerade im Hinblick auf autoritäre Betriebs- und Volksgemeinschaftskonzepte, wo das unternehmerfreundliche „Führer – Gefolgschaftsprinzip“ vorherrschte (93-131).

Der Beschreibung der Stichprobe und der ersten Auswertung (Zeitpunkt des Beitritts zur NSDAP, Alter, Position im Unternehmen, soziale Herkunft, Bildungsabschluss) ist das nächste

Kapitel gewidmet. Vier Fünftel der Unternehmer und Manager sind nach 1933 eingetreten, in der jüngsten altersmäßigen Kohorte (Durchschnitt 38 Jahre) sind mit über 60 Prozent die meisten Beitritte erfolgt; bei der zahlenmäßig größten Kohorte (50 bis 59 jährige) sind es 37 Prozent. Ein deutlicher Zusammenhang zwischen „Gewinnern“ (in Bezug auf Umfang von höchsten Positionen im Unternehmen) und NSDAP-Eintritt (bzw. Mitgliedschaft) lässt sich nachweisen. Neben persönlichen Merkmalen waren die jeweiligen Kontextbedingungen ausschlaggebend für die Wahrscheinlichkeit des NSDAP-Beitritts von Mitgliedern der Wirtschaftselite. Im sechsten Kapitel „wird mittels einer kollektivbiographischen Herangehensweise eine Typologie entwickelt, die auf individuelle Karrierewege, Erwartungen und Beitrittsmotive eingeht und die Nähe zur NS-Ideologie ausleuchtet.“ (175) Die in der Stichprobe als NS-Mitglieder identifizierten differenzieren sich im Wesentlichen in drei Typen: a) Parteifunktionäre, die vor allem seit 1933 auf Unternehmerpositionen rückten, b) hohe Ministerialbeamte, die in den dreißiger Jahren in die Privatwirtschaft oder in kommunale bzw. Versorgungsunternehmen wechselten sowie c) die zahlenmäßig weitaus größten Typus bildenden „klassischen Unternehmer“ mit einem großbürgerlichen, privatwirtschaftlichen Hintergrund. Generationspezifische (199-212) und differierende Sozialisationsbedingungen führten sowohl zu unterschiedlichen Motiven und Zeitpunkten des Eintritts in die NSDAP als auch zu – damit häufig parallellaufenden – Radikalisierungsstufen im Denken und

Handeln innerhalb der „braunen Wirtschaftselite“.

Weitere Kapitel beschäftigen sich mit der – recht hohen – Stabilität der Wirtschaftselite zwischen 1900 und 1938 (trotz umwälzender politischer und militärischer Ereignisse) sowie mit der NS-Mitgliedschaft von Berufsgruppen, die eher der Mittelschicht zuzurechnen sind: Juristen, Mediziner, Ingenieure, Lehrer, die fast alle – mit Ausnahme der Ingenieure – einen noch höheren Anteil an NS-Mitgliedschaften aufwiesen als die Wirtschaftselite, wobei allerdings innerhalb dieser Berufsgruppen bezüglich der Motive und Nähe zum NS-Regime – je nach Position und Herkunft – stark zu differenzieren ist.

Abschließend wird nach dem Verbleib bzw. dem fast lückenlosen Wiederaufstieg der braunen Wirtschaftselite in die alten oder ähnliche Positionen nach 1945 und den typischen Rechtfertigungsnarrativen, Leugnungsformeln und Ausreden gefragt. In diesem Zusammenhang lässt sich darüber streiten, ob der Ausdruck „selektive Kontinuität“ (325, 328) zwischen der Zeit vor und nach 1945 in Bezug auf stark belastete NSDAP-Mitglieder der Wirtschaftselite angesichts der vorliegenden Befunde und des Ausnahmeharakters eines „weitgehenden“ Ausschlusses aus dem Kreis derjenigen, die nach 1945 wieder höchste Posten in der Wirtschaft einnahmen, richtig gewählt ist. Auch könnte man die Schlusspassage in bestimmter Hinsicht – etwa durch den Hinweis auf die Bonapartismusthese – als mager empfinden. Die in den einleitenden Abschnitten erwähnten faschismustheoretischen Kontroversen (z.B. „Primat der Wirtschaft“ versus „Pri-

mat der Politik“) werden am Ende – im Lichte gewonnener Differenzierungen – nicht erneut und schlussfolgernd aufgenommen.

Dennoch ist diese Studie zu einem jahrzehntelang heftig umstrittenen Thema die erste empirische Arbeit, die auf einer solch breiten Basis beruht und mit statistischen Methoden zu Werke geht. Trotz der Komplexität des Gegenstands gelangen die Autoren zu klaren Thesen, ohne es an Differenzierungen im Einzelnen fehlen zu lassen. Einzig gelegentliche Redundanzen und Wiederholungen sowie etwas langatmige Auseinandersetzungen mit anderen Arbeiten/Positionen im Anhang trüben leicht den Lektüregenuss. Die herausragende Forschungsarbeit wird zweifellos für lange Zeit Maßstäbe auf diesem Feld vorgeben.

Dieter Boris

Die DDR in der gesamtdeutschen Geschichte

Stefan Bollinger (Hrsg.): Die DDR in der gesamtdeutschen Geschichte. Vertane Chance – Sackgasse – Nachwirkung. Dokumentation einer Konferenz der Hellen Panke e.V. – Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin am 26. Oktober 2021 in Berlin (= Zwischen Revolution und Kapitulation. Forum Perspektiven der Geschichte, Bd. 6), edition bodoni, o.O. 2022, 204 S. 18,60 Euro.

In seiner Vorbemerkung betont der Herausgeber nicht nur das wissenschaftliche Anliegen dieser Konferenz, sondern auch deren „Werkstattcharakter“. Ein Tagungsprotokoll, das auch die freie Diskussion widerspiegelt, ist der Band also nicht. Hier bie-

tet es sich an, die auf der Homepage der Hellen Panke aufrufbaren Videos anzuschauen. Dokumentiert werden die eingesandten redigierten Beiträge der Referenten und der Teilnehmer an einem Podium, sowie einige nachgereichte Texte. In der Vorbemerkung wird dies klargestellt, wobei auch auf die im Band enthaltenen, von Karlen Vesper in der Zeitung „neues deutschland“ veröffentlichten Tagungsnotizen verwiesen wird.¹

Insgesamt kommen in dieser Veröffentlichung 15 Sozialwissenschaftler mit ihren Berichten, Analysen und Ansichten zu Wort. Den Auftakt gibt Stefan Bollinger mit einem Referat, indem der Umgang mit der DDR und ihrer Geschichte und deren gesellschaftspolitische Hintergründe dominieren. Das erfolgt in einer informativen polemischen Auseinandersetzung mit der westdeutschen Historiografie und deren vorherrschenden Vorurteilen und Dogmen. Mir scheint allerdings, es wäre dem Generalthema der Konferenz angemessener gewesen, einmal zu bilanzieren, was von der DDR-Historiografie und ihren Überresten im neuvereinten Deutschland bisher zur Klärung des „Platzes der DDR in der deutschen Geschichte“ geleistet oder zumindest angeboten worden ist und welcher Klärungsbedarf nach wie vor besteht. Natürlich tauchen solche Verweise in verschiedenen Texten auf. Aber eine kompakte Erfassung wesentlicher solcher Bausteine, wie sie spätestens seit dem 10. Jahrestag der

¹ Siehe auch Günter Benser: Die DDR in der deutschen Geschichte. Konferenz des Vereins „Helle Panke e.V.“ In Berlin am 26. Oktober 2021. In: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 4/2021.

DDR-Gründung veröffentlicht worden sind, hätte die Debatte auf ein tragendes Fundament stellen können.

Als sehr anregend erweisen sich Bollingers unter der Zwischenüberschrift „Gleiche Herausforderungen – konträre Wege?“ (wozu dieses Fragezeichen?) vorgetragenen Gedanken, mit denen der von Christoph Kleßmann und anderen eingebrachte Ansatz einer deutschen „asymmetrischen Parallelgeschichte“ aufgegriffen wird. Bollinger untersetzt dies mit dem Verweis auf vier übergreifende historische Komponenten deutscher Geschichte in der zweiten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts: *Erstens* sei die Konfrontation der Klassen zur Konfrontation von Staaten und Gesellschaftskonzepten geworden. Eine Problematik, die im Beitrag von Heinz Niemann vertieft wird. *Zweitens* wird auf die Einbindung beider deutscher Staaten in die Block- und Systemkonfrontation verwiesen. *Drittens* seien beide deutsche Staaten mit übergreifenden Herausforderungen auf den Feldern der Außen-, Innen- und Wirtschaftspolitik konfrontiert gewesen. *Viertens* hatten sich beide der nationalen Frage zu stellen und ihr Verhältnis zur deutschen Nation zu definieren und in praktische Politik umzusetzen.

Vergleichbar grundsätzliche Überlegungen bietet auch der Beitrag von Jürgen Hofmann. Er stellt die Jahre der deutschen Zweistaatlichkeit in den Zusammenhang mit dem Prozess der Nationwerdung der Deutschen und der Herausbildung und Entwicklung eines deutschen Nationalstaates – historische Prozesse, die im politischen Mainstream von BRD und DDR unterschiedlich ausgedeutet und instrumentalisiert worden sind. Hofmann hatte bereits vor ge-

raumer Zeit die Anerkennung der Tatsache gefordert, dass die heutige Bundesrepublik eine „Doppelbiografie“ hat und es auf Dauer nicht gelingen kann und wird, das Erbe der DDR einfach auszuschlagen und auszublenden.

Die übrigen Texte widmen sich spezielleren Aspekten der Konferenzthematik, wobei es den Referenten in unterschiedlichem Maße gelungen ist, die Verbindung zum „Platz der DDR in der Geschichte“ explizite herauszuarbeiten. Behandelt werden die Rolle der „Westemigranten“ in der DDR (Mario Kessler), der soziale und feministische Anspruch der DDR (Viola Schubert-Lehnhardt), Wirtschaftswissenschaft und Wirtschaftspolitik der DDR (Judith Dellheim), verschmähte und am Machtgefüge der DDR gescheiterte Reformen (Siegfried Prokop) die DDR als Versuch, eine neue Gesellschaft zu errichten, Anerkennung verdienende Ergebnisse und diesen entgegenstehende objektive und subjektive Hindernisse (Thomas Kacza), Kritik der DDR-Philosophie (Hans-Christoph Rau). Aspekte der internationalen Rolle der DDR – die Solidarität mit der antikolonialen Befreiungsbewegung Afrikas – hat nur Ulrich van der Heyden aufgegriffen.

Besonders verwiesen sei auf Yana Milevs durch empirische Untersuchungen gut belegte Analyse der Methoden, Wirkungen und Folgen der erinnerungskulturellen Löschung der DDR seit 1989/90. Milev schließt sich jenen Autoren an, die von einer „strukturellen Kolonialisierung“ der neuen Bundesländer sprechen, und hält die „deutsche Frage“ wegen der auf bundesdeutsches Drängen durchgesetzten Verhinderung eines Friedensvertrages für nach wie vor unge-

löst. Sie bezeichnet dies als die „Dritte Schuld“ (nach dem Überfall auf die Sowjetunion sowie der deutschen Verantwortung für einen verheerenden Weltkrieg und der Schlussstrichpolitik nach 1945 sowie der Übernahme der Rolle eines Vorpostens im Kalten Krieg). Es bliebe aber auch nach der Verantwortung jener zu fragen, die nicht nur die DDR, sondern den gesamten „Ostblock“ in die Sackgasse geführt haben, wie auch jener, die sich dem „Westen“ bereitwillig und allzu gutgläubig in die Arme warfen.

Dokumentiert werden auch die im Podiumsgespräch von Peter Brandt, Holger Czitrich-Stahl, Achim Engelberg und Matthias Krauß vorgetragene Überlegungen, die wesentlich auch von deren subjektiven Erfahrungen gespeist waren.

Das von Bollinger gezogene, ausdrücklich nicht „Schlusswort“ genannte, Resümee greift über eine Wertung des Konferenzertrages hinaus und nimmt angesichts des Krieges gegen die Ukraine gebotene Aktualisierungen vor. Es wägt die Chancen, Erfolge und Niederlagen des ersten weltweiten Vorstoßes in sozialistisches Neuland ab und befasst sich mit der Frage, welche Lehren aus dem Scheitern zu ziehen sind. Auf dieser Basis wäre – stärker in die Tiefe gehend – weiterhin über den Platz der DDR in der deutschen Geschichte und ihre generelle historische Rolle zu debattieren. Denn lässt man alle im Band versammelten Beiträge Revue passieren, zeichnet sich – bezogen auf die Bewertung DDR – ein ziemlich breitgefächertes Spektrum von Lob und Tadel ab.

Günter Benser

Die US-Linke und die Demokratische Partei

Margit Mayer: Die US-Linke und die Demokratische Partei. Über die Herausforderungen progressiver Politik in der Biden-Ära, Bertz+Fischer Verlag, Berlin 2022, 256 S., 12,- Euro.

Zwar sind die USA hierzulande Massenmedial oder in der wissenschaftlichen Fachliteratur überwältigend präsent. Das gilt jedoch nicht für den Gegenstand des kurz vor den US-Zwischenwahlen im November letzten Jahres erschienenen Buchs von Margit Mayer über die US-Linke und die Demokratische Partei, denn das ist, kurz gesagt, für diese übliche Praxis schlicht ein irrelevantes Unthema. Anders die Herangehensweise der Autorin, die seit Jahrzehnten in theoretischer Absicht, mit großem empirischem Wissen und hartnäckiger politischer Zielsetzung vor allem amerikanische und vergleichende Politik sowie Stadt- und Sozialpolitik untersucht und die damit verknüpften Akteure und Bewegungen analysiert. In den Realitäten, der Entstehung, Krise, Transformation oder dem Zerfall progressiver und linker Organisationen, Netzwerke oder Strömungen kennt sie sich aus, auch in deren Geschichte.

So hat die „alte Linke“ in den USA nach ihrem Höhepunkt in den 60er und 70er Jahren zwar immer wieder neue schwache und periphere Aufschwünge genommen, aber erst die Triebkraft sehr diverser politischer und sozialer Bewegungen nach der Jahrhundertwende und ihre Politisierung und Organisation auch als „neue Linke“ in der folgenden „Dekade von Mobilisierungen“ (8) hat mit dazu geführt, dass eine sozial, politisch und kulturell hete-

rogene Wahlbewegung für Bernie Sanders Millionen in Bewegung setzte. Sie hat wesentlich zur Niederlage von Donald Trump beigetragen, auch nachdem die zentristische Führung der Demokratischen Partei („Corporate Democrats“) Joe Biden gegen Sanders durchgesetzt hatte. Schließlich, so vermerkt Mayer, strahle nach vier Jahren Trump „selbst eine finanzmarkthörige, sozialismusfeindliche neoliberale Partei eine gewisse Attraktivität aus“ (17). 2017-2019 war es zu einem progressiven Aufschwung gekommen, in dessen verbindendem Zentrum die Kämpfe gegen eine Wiederwahl Trumps standen. Dabei setzte sich zwischen den Wahlen von 2018 bis 2022 erstmals eine parlamentarische Präsenz überwiegend junger, weiblicher, radikaler People of Color durch, deren lebensgeschichtliche politische Erfahrung und Motivation durch Migration und die verschiedensten Krisen der US-Gesellschaft und Ökonomie geprägt war. Im Hintergrund dieser Entwicklung stand die Unterstützung durch eine Reihe von Organisationen und Netzwerke wie Justice Democracy, Sunrise Movement, Democratic Socialists of America (DSA), von Abolitionist*innen, radikalen gewerkschaftlichen und lokalen urbanen, community-Gruppen, der Black-Lives-Matter (BLM)-Bewegung, migrantische, indigene, antirassistische und feministische Bewegungen und radikale Teile der Klima- und Ökologiebewegungen. Mayer behandelt sie am Beispiel der DSA und der BLM-Bewegung. Sie skizziert jedoch zunächst in einem umfangreichen Kapitel die zwei dominierenden Parteien und ihre Unterschiede, wobei sie aber vorweg am Beispiel der Klassenungleichheit betont, dass „beide die Interessen

der führenden Kapitalfraktionen bzw. des obersten einen Prozents vertreten“ (29).

Den trumpistischen Boom der Republikanischen Partei, die sich seit über einem halben Jahrhundert kontinuierlich radikalisiert (Thomas Frank) und ihres neu-rechten Umfelds charakterisiert Mayer mit Bezug auf David Riley (New Left Review 126) als „macho-nationalistisch, protektionistisch, neomerkantilistisch und tendenziell rassistisch“ (17), in dem mit hohem Tempo zahlreiche Organisationen, umfangreiche Finanzmittel, neue Institutionen, Think-Tanks, repressive rechtliche Arrangements sowie ideologische und mediale Plattformen für faktenfreie News etabliert wurden. Diese radikale Rechte kann mittlerweile wohl nicht zu Unrecht als größte und mächtigste rechte Parteiformation des Westens charakterisiert werden, deren gewaltbereiter extremistischer Flügel anwächst und der zugleich massiv auf weißen Suprematismus setzt. Nachdem sich Wähler*innen ohne Collegeabschluss seit 2012 zunehmend von der Demokratischen Partei abgewandt hatten, setzte die Führung der Partei auch in ihrer politischen und Wahlstrategie primär „auf die Expansion urbaner/metropolitane Regionen und die hier konzentrierten gebildeten, umweltbewussten, multikulturellen, professionellen und blau (also demokratisch) wählenden Mittelschichten – auf Kosten der in Kleinstädten und ländlichen Gebieten lebenden, durchaus auch diversen Gruppen“ (49) und die „verarmten, häufig ethnisch geprägten arbeitenden Klassen der urbanen Regionen.“ (52) In suburbanen und ländlichen (oftmals deindustrialisierten Regionen) dominierte in den Zwi-

schenwahlen 2022 mittlerweile die republikanische Rechte, die bereits von 70% der weißen Männer ohne Hochschulabschluss gewählt wurde. Derlei Verschiebungen sind charakteristisch und keineswegs auf die USA beschränkt, sondern sind global, wie etwa die „World Inequality Database“ zeigt.

Ausführlich diskutiert Mayer dann die erfolgreiche Anti-Trump Mobilisierung, die dazu führte, dass die Demokratischen Sozialisten (DSA) zur größten Mitgliederorganisation der amerikanischen Linken wurde und nach der Ermordung von George Floyd am 25. Mai 2020 der „Slogan Black Lives Matter“ (BLM) im Zentrum der „größten Protestbewegung in der amerikanischen Geschichte seit den 1960er Jahren“ (63) stand. Die 1980 gegründete DSA, deren Mitgliederzahl von 6.000 (2015) auf 92.000 (2022) anstieg, zählt heute Mitglieder in über 250 Ortsgruppen, versteht sich aber seit August 2021 mehrheitlich nicht als konstitutiver Kern einer neuen linken Partei, sondern versucht so weit wie möglich den linksreformistischen Flügel der Demokratischen Partei zu stärken. Sie wiederholt jedoch bei dem Versuch, „Klassenpolitik mit Identitätspolitik zu verbinden... in gewisser Weise das gleiche Problem, das die Demokratische Partei hat: Ihre Wählerbasis ist zu eng, nämlich zu reich, zu gebildet und geografisch zu sehr auf die Metropolen beschränkt.“ (73, 76) Durch einen vielschichtigen und enormen, antirassistischen BLM-Protest gegen Polizeigewalt wurde dieser unentschiedene Widerspruch faktisch auch zugespitzt und nicht aufgelöst. Schließlich wurde dieser Protest am Ende durch philanthropkapitalistische Stiftungen, Geberorganisationen und Großkonzerne immer mehr durch

eine diversity industry in Richtung auf einen Black capitalism gewendet.

Abschließend zieht Mayer eine sehr kritische Zwischenbilanz der Biden-Ära. Sie sieht von der – ursprünglich überraschend linksgewendeten, aber binnen Monaten auch aus den eigenen Reihen massiv skelettierten – Biden-Agenda bis auf die Gesundheits- und Pandemiepolitik, schütterte Fortschritte in der Klima- und Sozialpolitik und einem partiell durchgesetzten Schuldenerlass für Collegeabsolventen sowie schließlich der wichtigen wahlpolitischen Fokussierung auf Inflation und die Aufhebung des Rechts auf Schwangerschaftsabbruch durch den Supreme Court, kaum Grund für einen kritischen und vorsichtigen Optimismus. Es handele sich schließlich um einen „Neoliberalismus-immanenten ‚Aufbruch‘“ (212). Freilich wird sie konzedieren können, dass die Zwischenwahlen 2022 immerhin einige die Linke positiv stärkende Veränderungen der parlamentarische Kräfteverhältnisse mit sich gebracht haben und so womöglich ein von ihr eingangs ins Spiel gebrachter „Weg der amerikanischen Linken ins Aus“ (20) in dem zu erwartenden Kampf mit einer abzuhenden weiter rechtsradikalisierten Republikanischen Partei ausbleibt.

Rainer Rilling

Selbstbehauptung Europas?

Oskar Lafontaine: Ami, it's time to go. Plädoyer für die Selbstbehauptung Europas, Westend-Verlag, Frankfurt am Main 2022, 64 Seiten, Taschenbuch 12 Euro, e-book 9,99 Euro.

Oskar Lafontaines kleine Streitschrift schaffte es schnell auf die Spiegel-

Bestsellerliste. Sie basiert auf einem Vortrag, den der Autor im Rahmen des 34. Pleisweiler Gesprächs des Internet-Portals *Nachdenkseiten* hielt. Zusätzlich enthält das Büchlein einen kurzen „Kommentar zum Krieg“, der kostenlos im Internet zu lesen ist.¹

Lafontaine verteidigt darin die Entspannungspolitik von Willy Brandt, die für Jahrzehnte Kriege zwischen Nato und Warschauer Pakt im ersten ‚Kalten Krieg‘ verhindert habe. Im aktuellen Ukraine-Krieg verurteilt er den Einmarsch der russischen Armee und wie diese vorgeht. Er erinnert an die Vorgeschichte des Ukraine-Konflikts, die Strategien der USA und der EU dabei – analytisch sehr präzise. Er verurteilt die Heuchelei des ‚globalen Westens‘, die EU und die Ampel-Regierung in Deutschland für ihre Vasallen-Gefolgschaft zum U.S. Empire.

Er weist darauf hin: „Um ihre Interessen durchzusetzen und ihre Vorherrschaft zu sichern, führten die USA nach dem Zweiten Weltkrieg die mörderischen Kriege in Korea, Vietnam, Laos und Kambodscha oder in jüngerer Zeit im Irak, in Jugoslawien, Afghanistan, Syrien und Libyen.“

Lafontaine ist prinzipiell gegen Atomwaffen und gegen die aktuellen Strategien zu einem (‚begrenzten‘) Nuklearkrieg (wie von Planspielen des U.S. Pentagon und anderen erwo-gen). Er wendet sich gegen die Sanktionspolitik des ‚globalen Westens‘ gegenüber Russland und China, die hauptsächlich den globalen Süden und auch die breite Mehrheit der Bevölkerung in ‚Europa‘ treffen. In dieser

Hinsicht ist Lafontaines Streitschrift analytisch-aufklärerisch und deshalb sehr lesenswert.

Der Autor plädiert für die ‚Selbstbehauptung Europas‘ – dazu könnte ein historischer Rückblick auf die 1980er Jahre nützlich sein.

Die SPD unterstützte 1979 noch den sog. ‚Nato-Doppelbeschluss‘ zur Stationierung von US-Mittelstreckenraketen in Deutschland und Europa, wie damals von Bundeskanzler Helmut Schmidt gefordert. Nach der Wende zu Helmut Kohl 1982 brach der schon lange innerparteilich geführte Streit über die Sicherheitspolitik in der SPD offen aus. Die Nachrüstungskritik in der SPD war inzwischen derart fortgeschritten, dass neben Helmut Schmidt nur noch 13 weitere Sozialdemokraten auf dem Parteitag in Köln 1983 für diese Raketenstationierung votierten.² Lafontaine forderte damals den Austritt aus der Nato (zumindest aus ihren militärischen Strukturen).

Selbstbehauptung Europas – das war 1983 – 1987 ein übergreifender Slogan für viele in der SPD (z.B. Erhard Eppeler, Egon Bahr), die sich an die Friedensbewegten/Ökopaxe/Grünen in der Tradition von Willy Brandts Entspannungspolitik heran robben wollten. Die Stichworte dazu damals: strukturelle Nicht-Angriffsfähigkeit, Defensiv-Verteidigung gestützt auf konventionelle statt atomare Waffen.

Defensiv-Verteidigung á la SPD bedeutete: Neue effiziente Mehrfachra-

¹ <https://www.westendverlag.de/kommentare/gedanken-zum-krieg/>

² Analytisch dazu, siehe Jan Hansen, Abschied vom Kalten Krieg? Die Sozialdemokraten und der Nachrüstungsstreit (1977–1987) (Schriftenreihe der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Bd. 112), Berlin/Boston 2016.

keten-Werfer für die Bundeswehr anschaffen („Fleischwölfe“, so kommentierte das die damalige Friedensbewegung), um angreifende Warschauer-Pakt-Truppen effektiv zu dezimieren. Sowie Tornado-Flugzeuge mit „Abstandsflugkörpern“ (Raketen) bis 600 km Reichweite einzusetzen – um die hinteren Linien eines möglichen Angriffes des Warschauer Pakts zu zermalmen. Dies hätte dann in erster Linie die DDR, die Tschechoslowakei und Polen betroffen. Diese konventionelle Umrüstung im Sinne einer strukturellen Nicht-Angriffsfähigkeit war völlig kompatibel mit der üblichen Nato-Strategie der Vorwärts-Verteidigung. Die SPD wurde in den späten 1980ern und danach sehr pragmatisch. Gemeinsam mit Konservativen und Liberalen verfolgte sie eher die Strategie, einen europäischen Pfeiler der Nato zu stärken.

Die Grünen der 1980er Jahren kritisierten sowohl diese Konzepte der SPD als auch die damals breiter diskutierten Strategien von Konservativen und Liberalen. Im Dezember 1984 veranstaltete die Bundestagsfraktion der Grünen in Bonn ein internationales Arbeitstreffen zur Europäisierung der Sicherheitspolitik. Daraus entstand 1985 ein Reader zum Thema Euromilitarismus, mit fundierten Analysen und auch heute noch interessant zu lesenden Alternativ-Vorschlägen.³

Um die damalige Grünen-Ikone Petra

³ DIE GRÜNEN, Hg. Bundesvorstand und Fraktion der Grünen im Bundestag: *Euromilitarismus – Zur Bedeutung der „Europäisierung der Sicherheitspolitik“*, Köln-Bonn 1985, 222 Seiten; AutorInnen u.a.: Volker Böge, Ottfried Nassauer, Irene Schülert, Jürgene Reents, Petra Kelly, Dietrich Schulze-Marmeling, Albert Statz, Andreas Buro.

Kelly daraus zu zitieren: „Zur Zeit gibt es kühne Entwürfe des Europaparlaments für eine Europäische Union, (...) für ein neues System von Kompetenzübertragungen auf supra-nationale europäische Unionsorgane.“ (97 ebd.) Sie kritisierte u.a. den damaligen Genscher-Colombo-Plan von 1983, der u.a. forderte, die Sicherheitspolitik unter dem Dach des Europäischen Rates zu koordinieren. In der Einleitung zu ihrem Artikel schrieb sie: „So ballen sich stillschweigende Übereinkünfte in der Außen-, Sicherheits- und Europapolitik zusammen, die die Barrieren zwischen der SPD, den Unionsparteien und der FDP eibebnen. (Es ist vielleicht etwas ironisch, sich vorzustellen dass die zukünftige westeuropäische Supermacht sich eines Tages als eine ‚Europäische Truppe der Grünen Helme‘ definieren wird.)“ (93 ebd.)

Nun ja, es kam schlimmer. Die EU kam 1993, und mit ihr die Gemeinsame Außen -und Sicherheitspolitik (GASP), später EU-Rüstungsfonds, PESCO usw. – die EU als Aufrüstungsunion. Die eng an die Nato gebundene Logik der europäischen Sicherheitspolitik hatten die damals noch radikalen Grünen der 1980er Jahre geradezu prophetisch vorausgesehen.

Eine Entspannungspolitik im Geiste Willy Brandts wäre gerade heute mit den USA-treuen Regierungen Polens, der skandinavischen und baltischen EU-Mitgliedstaaten nicht zu machen. Die EU 27 würde daran zerbrechen (was aus meiner Sicht kein Schaden wäre).⁴

⁴ Auch Ex-Bundeskanzler Helmut Schmidt schrieb nach dem Raketenstreit der 1980er Jahre dazu ein Buch: *Selbstbehauptung Europas im 21. Jahrhundert*, Ullstein Verlag 2004. Schmidt: „Nur wenn Europa gemein-

Zur „Selbstbehauptung Europas“ macht Lafontaine nur vage Andeutungen. Er fordert: „dem Beispiel Charles de Gaulles folgend, die militärischen Einrichtungen der USA, die zur Führung der US-Kriege in aller Welt gedacht sind, von deutschem Boden verbannen.“ Und weiter: „Frankreich und Deutschland haben gemeinsam mehr Einwohner als Russland, ihre Wirtschaftskraft ist stärker als die Russlands, und sie haben zusammen einen höheren Verteidigungsetat als Russland. Wieso wird trotz dieser Tatsachen überall verbreitet, wir bräuchten unbedingt die USA, um uns gegen Russland zu verteidigen?“⁵

Bemerkenswert sind folgende Aussagen des Autors: „In der Friedensbewegung hatten wir einst die ‚soziale Verteidigung‘ als Alternative zur militärischen Verteidigung diskutiert. Soziale Verteidigung hätte im Falle der Ukraine geheißen, die Ukraine wehrt sich

sam auftritt, hat es angesichts der globalen Herausforderungen überhaupt eine Chance, im Konzert der Weltmächte gehört zu werden. Aber trotz großer Fortschritte ist die Europäische Union allzu schwerfällig. Eine rasche Verdoppelung der teilnehmenden Staaten kann ihre Funktionsfähigkeit entscheidend gefährden. Außen- und sicherheitspolitisch ist die EU noch lange nicht handlungsfähig, das haben zuletzt Bosnien und Kosovo gezeigt, das unterstreichen die wachsenden Spannungen im Verhältnis zu den USA. Wenn jedoch die innere Entwicklung der EU nicht Schritt hält mit ihrer Erweiterung, dann (...) ist ein Scheitern der EU keineswegs ausgeschlossen.“ Lafontaine sieht das wohl ähnlich wie sein früherer Kontrahent Schmidt.

⁵ Hier klingt vielleicht das Projekt einer ‚Deutsch-französischen Verteidigungsunion‘ an, das der spätere Verteidigungsminister unter Kohl, Manfred Wörner, bereits 1976 vorschlug.

nicht militärisch gegen den Einmarsch, sondern leistet gewaltfreien sozialen Widerstand, zum Beispiel in Form von Streiks. Was wäre das Ergebnis gewesen? Statt der Marionetten-Regierung aus den USA hätte man jetzt eine Marionetten-Regierung aus Moskau (...) mit einem entscheidenden Unterschied: Die Ukraine wäre nicht zerstört und viele Ukrainer und Russen wären nicht ums Leben gekommen.“

Lafontaines Plädoyer für die „Selbstbehauptung Europas“ lässt sich ansonsten mit Brecht und Reich-Ranicki kommentieren: Der Vorhang zu, und alle Fragen offen ...

Klaus Dräger

Russen und Deutsche – kritische Fragen angesichts des Ukrainekriegs

Stefan Bollinger: Die Russen kommen. Wie umgehen mit dem Ukrainekrieg? Über deutsche Hysterie und deren Ursachen, Berlin 2022, verlag am park, 240 S. 16,- Euro.

Es gehört inzwischen schon Mut dazu, die im Titel gestellte Frage überhaupt noch aufzuwerfen. Sie wird schließlich alltäglich nicht nur in fast allen Medien einhellig beantwortet, auch die zuständigen Minister und Ministerinnen beteuern unablässig ihre Übereinstimmung mit dem ukrainischen Präsidenten. Sieg oder Niederlage seiner Truppen entschieden über das Schicksal Europas, d.h., ob die Russen kommen oder ob die Vision von der Vernichtung des russischen Großreiches endlich zur Wirklichkeit wird. B. wertet die dafür bemühten Begründungen als Hysterie, nach deren Ursachen er fragt. Allerdings ist die Beschränkung auf

die Russophobie nur bei den Deutschen nicht unbedingt zwingend.

B.s Suchen nach den Ursachen solcher Hysterie bei vielen Deutschen ist eigentlich unverständlich, da die einfachen Realitäten jede Furcht vor einem russischen Angriff doch ausschließen müssten. Das sind u.a. die bestehende fast vierfache konventionelle Überlegenheit (dank bisheriger ebenso vierfach höherer Rüstungsausgaben) allein der europäischen NATO-Streitkräfte gegenüber der russischen Armee, deren teilweiser Unterlegenheit in waffen-technischer und technologischer Hinsicht, vom sowieso vorhandenen nuklearen Patt ganz abgesehen. Allein das weitgehende Scheitern des russischen Angriffs auf ukrainischem Boden lehrt, dass mit Raketenbeschuss ein Land weiträumig zwar zerstört aber nicht besiegt werden kann, solange der Angreifer nicht in er Lage ist, es auch völlig zu besetzen. Welcher nüchtern denkende Militär kann da von einer Invasion dieser Armee in ein Binnenland wie der Bundesrepublik ausgehen?!

Weil aber russophobe Hysterie über alle historischen Lehren siegt, wenn es die Politik so will, greift B. in seinem Bemuhren, diesen aktuellen für alle Beteiligten fatalen Krieg zu begreifen, bis in die Bismarck-Zeit und die anti-napoleonischen Befreiungskriege zurück. Bismarcks außen- und sicherheitspolitisches Credo eines Gleichgewichts zwischen Preußen-Deutschland und dem Zarenreich wurde durch Wilhelm II. zerstört. Der Weg in den I. Weltkrieg begann; der in den II., weil die Westmächte hofften, Nazi-Deutschland gegen Russland richten zu können.

Für die folgenden Jahrzehnte bis Ende

der 1960er Jahre zitiert Bollinger Sebastian Haffner: „Man (die Politik) hat eine vage Vorstellung, dass es einmal ein altes Russland gab, das ein etwas unheimlicher, etwas fremdartig-unberechenbarer, aber doch auch ein wieder großzügig-gutmütiger, manchmal rettender Nachbar war.“ Der historischen Illustration dieser Wertschätzung eines solchen Nachbarn, berechenbar und zu gutnachbarlichen Beziehungen bereit, widmet B. sein erstes (Wer will schon Krieg?) und am Schluss zwei Kapitel (Eine Sowjetunion und zwei Deutschländer und Rapallo war und ist der Weg) von seinen insgesamt sieben Kapiteln. Illustration soll aber nicht heißen, es läge keine respektable Recherche vor. Fakten gesättigt wird der Leser zu eigenen Überlegungen gedrängt.

Als der historisch-materialistischen Denkschule und Methodik verpflichtet versteht es B., die in der zeitgenössischen Politik wie in der Historiographie der Neuzeit vorherrschende und meist gewollte Verwechslung von Ursache und Wirkung aufzudecken. Das gelingt ihm am überzeugendsten dort, wo er sich zur Vorgeschichte der russischen Invasion in die Ukraine äußert. Im Zusammenhang damit wird von ihm in einem besonderen Abschnitt die von Olaf Scholz verkündete „Zeitenwende“ diskutiert und dort eingeordnet, wo sie hingehört: in die welthistorisch entscheidende Zeitspanne des Zusammenbruchs des Sowjetimperiums und dem erneuten Anlauf des US-Imperialismus, sich als alleiniger Führer der Welt zu installieren. Für Europa könnte man hinzufügen, was Altkanzler Helmut Schmidt im Gespräch mit Henry Kissinger 1997 konstatierte: „Das Hauptmotiv der Ameri-

kaner ist die Aufrechterhaltung der Machtklammer über Europa.“

Da Aggressionen durch Staaten in der Neuzeit von ihrem gesellschaftlichen Charakter abhängen, der die als Imperialismus bezeichnete Politik bestimmt, wird auch das Problem einer marxistischen Klassenanalyse der post-sowjetischen Gesellschaft wichtig, welches B. auch anschnidet. Die bloße Feststellung, dass sich in diesem Konflikt zwei imperialistische Staaten gegenüberstehen, reicht nicht aus. Die Schwierigkeit einer solchen Analyse besteht darin, dass wir es mit einer noch im Fluss befindlichen Klassenstruktur zu tun haben, die zudem aus völlig neuartigen Voraussetzungen und anderen Entstehungsbedingungen heraus erfolgt. Offenbar bestehen viele und nicht unwesentliche Unterschiede zwischen den beiden Imperialismen, die vor allem das innere Verhältnis von Staatsmacht und Oligarchie, die teils gegensätzlichen ökonomischen Ziele gegenüber dem auf globale Vorherrschaft zielenden US-Imperialismus, aber auch die außenpolitischen Beziehungen oder das (immer noch) bestehende strategische Bündnis Russlands mit der kommunistisch regierten aufstrebenden Weltmacht China betreffen.

Zum Schluss sei all denen, die sich für ihr friedenspolitisches und humanistisches Engagement eine darüber hinausgreifende überzeugende Begründung wünschen, versichert: Das Lesen dieses Büchleins wird ihnen nicht nur eine gebündelte fachliche Hilfe leisten. Sie werden den Autor an der Seite nicht nur verstorbener Elder Statesmans finden, die von den offiziellen Meinungsmachern und Politikern inzwischen als naive Russlandverkenner

entsorgt werden, von Willy Brandt, Walter Scheel, Helmut Schmidt bis Egon Bahr u.a., sondern auch lebende prominente Zeitzeugen, wie Klaus von Dohnanyi, Günter Verheugen, Peter Brandt u.a. Sie entlasten den Autor von dem Vorwurf, dass das Erklären zum Rechtfertigen führe. Natürlich ist auch für B. die russische Invasion völkerrechtswidrig wie es der Krieg der USA gegen den Irak z.B. war. Letzterer mit der Lüge von den Massenvernichtungswaffen gerechtfertigt, die jetzige NATO-Hilfe mit der Behauptung einer wesensbedingten Aggressivität Russlands und der notwendigen Verteidigung aller nur denkbaren westlichen Werte. B. ordnet diesen Krieg mit seiner Vorgeschichte in die vor sich gehende epochale Auseinandersetzung ein und deckt die realen Interessen der amerikanischen Führungsmacht auf.

Als Historiker hält sich B. mit einer Prognose zurück, hängt die doch ganz wesentlich vom Ausgang des Konflikts ab. Und wer soll den schon kennen, wenn nicht einmal ein nuklearer worst case mit absoluter Sicherheit ausgeschlossen werden kann. Was allerdings als paradoxe Folge einer entscheidenden Niederlage Russlands, die es zu einer Regionalmacht, zu einem „Obervolta mit Atomwaffen“ (Helmut Schmidt), zurückstufte, voraussagbar ist, ist dieses: Die Chance der Europäischen Union, souverän ihre Außen- und Sicherheitspolitik selbst zu bestimmen, einschließlich die militärische Sicherheit eigenständig zu garantieren und eine machtvolle politische Rolle in einer multilateralen Welt im Interesse von Frieden, Abrüstung und Bewältigung der drohenden Klimakatastrophe zu spielen,

wäre auf lange Zeit dahin. Dahin wäre auch die Chance der europäischen Linken, Europa wieder zu dem zu machen, was es neben Christentum, Aufklärung und Demokratie schon einmal war, zur Wiege einer erneuerten sozialistischen Arbeiterbewegung. B. weist auf die Schwierigkeit hin, wenn linke Parteien auf die selbstbewusste Vertretung nationaler Interessen setzen müssen, ohne in Gefahr zu geraten, die Grenze zu nationalistisch-reaktionären Kräften zu verwischen.

Das „vielleicht“ des Autors am Schluss, dass kommende Generationen diesen Krieg möglicherweise anders als heute üblich bewerten, ist sicher nur eine rhetorische, keine ernsthafte Frage. Die historische Wahrheit ist bekanntlich „eine Tochter der Zeit“ (J.W. Goethe), und diese Zeit wird kommen.

Heinz Niemann

Grüner Bellizismus von seinen Anfängen bis heute

Matthias Rude: Von der Protestpartei zum Kriegersakteur, Hintergrund, Berlin 2023, 80 S., 10,90 Euro.

Angesichts der größten historischen Fakten ist es evident, dass die Partei Bündnis 90/Die Grünen eine Kriegspartei ist. Und zwar im doppelten Sinne als eine politische Formation, die einerseits Einsätze der Bundeswehr zur Durchsetzung der Interessen deutscher Unternehmen und des deutschen Staats als legitimes Mittel der Politik befürwortet und deren Vertreter andererseits in den entsprechenden Ämtern auch seit Jahrzehnten wiederholt Kriege kommandiert und zu verantworten haben. Der erste, übrigens

völkerrechtswidrige, Angriffskrieg von deutschem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die damalige Bundesrepublik Jugoslawien 1999 geht auf das Konto der Grünen – als Teil der ersten rot-grünen Bundesregierung. Vizkanzler und Außenminister unter SPD-Kanzler Gerhard Schröder war damals Exsponti Joseph „Joschka“ Fischer, die Personifikation grüner „Wendehälse“ (36), derer es Legionen gibt. Es sollte nur der Auftakt für regelmäßige Zustimmungen der grünen Partei zu Militär- und Kriegeinsätzen sein, ob nun in Afghanistan, Mali oder auf dem Balkan. Auch das im vergangenen Jahr verabschiedete Sondervermögen für die Bundeswehr trägt grüne Handschrift. Für die Partei warben und votierten Außenministerin Baerbock und Vizkanzler Habeck – beide ohne APO-, dafür mit steilen Parteikarrieren – für das größte Aufrüstungsprogramm der deutschen Nachkriegsgeschichte, das ihre Ampel-Koalition zusammen mit der CDU/CSU beschloss. Vor diesem Hintergrund erscheint es fast als Kinderlitzchen, dass die Grünen als Teil der Bundesregierung nicht nur ohnehin faktisch Waffenexporte an Krieg führende Länder wie Saudi-Arabien absegnet haben. Sie sind im Zuge des Ukrainekriegs auch dazu übergegangen, offen für Waffenlieferungen an Staaten einzutreten, die Kriege führen und in deren Reihen zudem (neo)faschistische Kräfte kämpfen.

Alle diese Tatsachen sind hinlänglich bekannt. Dennoch hält sich das Gerücht über die Grünen als Friedenspartei hartnäckig. Dem Tübinger Autor und studierten Philosophen Matthias Rude kommt das Verdienst zu, mit seiner knappen Genealogie des

grünen Bellizismus diese Auffassung endgültig ins Reich der Mythen zu verabschieden. Er rekapituliert in seinem Essay gerafft die entscheidenden parteipolitischen und diskursiven Schritte der Partei auf dem Weg zur soliden parlamentarischen Stütze des deutschen Imperialismus am Beispiel ihrer außenpolitischen Positionen und Politik. Seine Ausführungen enden mit den eingangs genannten Tatsachen.

Zuvor zeigt der Autor unter anderem auf, dass die Grünen von Beginn an keine einheitlich friedenspolitische oder pazifistische Kraft gewesen sind. Bereits in der Gründungsphase in Westdeutschland Ende der 1970er-Jahre schreckten einige in der Partei vor einem Bekenntnis zu einer klaren Friedens- und Antikriegspolitik zurück. Auch nachdem die konservative Strömung um den früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Herbert Gruhl im Januar 1981 ausgetreten war, fremdelten Mitgliedsgruppen mit einer konsequenten Ablehnung der NATO und des westlichen Imperialismus. Darunter waren solche, die nur einige Jahre später als erste offene deutsche Militärinterventionen auf dem Balkan fordern sollten, aber auch maoistische Ex-K-Gruppen-Kader, deren Hauptfeind schon damals faktisch eher im Osten stand.

Dennoch, so Rude, hätten sich die Grünen mehrheitlich „von Anfang an“ als „Teil der Friedensbewegung“ (13) verstanden und „klar antimilitaristisch“ (19) positioniert. Er zitiert ausführlich Passagen aus dem ersten Bundesprogramm von 1980, dem *Friedensmanifest* (1981) und der Informationsschrift *Entristet Euch!* des grünen Parteivorstands, dem Wahlprogramm von 1987 und der soge-

nannten *NATO-Broschüre* (1988) der Grünen im Bundestag, mit dem un-zweideutigen Titel *To be or NATO be*. Was sich darin finden lässt, braucht den Vergleich mit ähnlichen zeitgenössischen Dokumenten der Grünen oder auch der Linkspartei jedenfalls nicht zu scheuen und ließe den Führungstruppen beider Parteien heute das Blut in den Adern gefrieren. Während etwa der Thüringer Ministerpräsident Bodo Ramelow Waffen für die Ukraine fordert und Grüne sie liefern, verlangten letztere in den 80ern noch „einseitige Abrüstung“ (19) – obwohl die Sowjetunion seit 1979 in Afghanistan militärisch eingriff. Während Gregor Gysi schon 2010 die Forderung nach der Auflösung der NATO als Trick betrachtete, um mutmaßlich gefährlichere Forderungen nicht beschließen zu müssen, und mit Annalena Baerbock eine transatlantische Falkin im Außenministerium sitzt, bekannten sich die Grünen zu „konkreter Anti-NATO-Politik“ (17) und noch 1994 zur „Abschaffung der Bundeswehr“ (52).

Interessanter für das Verständnis der Entwicklung bei den Grünen, aber auch bei anderen Parteien, die irgendwo links starteten und staatstragend endeten, ist Rudes Darstellung der Zeitenwende bei den Grünen am Ende des kurzen 20. Jahrhundert (Hobsbawm) zwischen 1989 und 1991. Hier wird zweierlei deutlich. Erstens, dass Parteibeschlüsse nicht zwingend die Kräfteverhältnisse in ihnen und das reale Handeln der Parteien widerspiegeln. Die Grünen lehnten etwa noch im Bundestagswahlprogramm von 1998 die Ausdehnung der NATO nach Osten ebenso ab wie die „militärische Friedenserzwin-

gung“. Die beiden ersten Runden der NATO-Osterweiterungen fielen dann 1999 und 2004 in die Legislaturperioden der beiden ersten rot-grünen Kabinette. Ebenso der Kosovo- und der Beginn des Afghanistankriegs. Zweitens – scheinbar trivial – beginnt die Versöhnung mit Kapital und Staat nicht erst mit der Zustimmung zu Kriegseinsätzen. Sie ist vielmehr eines ihrer Resultate, der viele kleine Verschiebungen in Wort und Tat vorangehen, und sie lässt sich auch nicht auf das Feld der Außen- und Kriegspolitik begrenzen. Rude zufolge wurde der Grundstein für die Kriegsfähigkeit der Grünen Ende der 1980er, Anfang der 1990er-Jahre gelegt, als es dem sogenannten Realo-Flügel in Zusammenarbeit mit dem Parteizentrum gelang, sich gegen den Fundi-Flügel durchzusetzen und im Anschluss gemeinsam mit den Ostgrünen sowie dem bürgerrechtsbewegten Bündnis 90 aus der abgewickelten DDR die Programmatik neu auszurichten. Diese „realpolitischen Wende“ (36) leitete „die Erosion der antimilitaristischen Positionen“ (39) ein und ging einher mit der „Öffnung der Ökologie in Richtung Marktwirtschaft“ und der „Abkehr vom sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie“ (Fischer zit.n. Rude, 54). Sie zeigte sich in der Folge zum Beispiel, als der Realo-Flügel während des Zweiten Golfkriegs Waffen für Israel forderte, erstmals vier Grüne Abgeordnete im Juni 1995 „für die Beteiligung deutscher Soldaten an einem Auslandseinsatz“ (48) in Ex-Jugoslawien votierten und dann im folgenden Dezember gleich 22 entgegen anders lautender Parteientschlüssen für die Teilnahme der Bundeswehr am IFOR-Einsatz in Bosnien

und Herzegowina stimmten. Für das Verständnis der gegenwärtigen gesellschaftlichen Debatten über Krieg und Frieden ist vielleicht noch wichtiger, dass mit den 90ern maßgeblich Grüne damit begonnen haben, den Schutz der Menschenrechte und den Antifaschismus argumentativ gegen den Pazifismus und die Ablehnung von Militäreinsätzen in Stellung zu bringen. Die einstige Ton-Stein-Scherben-Managerin und heutige Kulturstaatsministerin der Bundesregierung Claudia Roth bediente sich dieser Diskursstrategie schon 1992, als sie „klare Bestandteile des Faschismus“ in Jugoslawien ausmachte, denen „notfalls mit Gewalt“ (42) zu begegnen sei. Eingang ins kollektive Gedächtnis und in den politischen Neusprech fand diese rhetorische Figur in Deutschland aber durch Joschka Fischer. Er legitimierte 1999 mit Bezug zum Völkermord an den europäischen Juden den NATO-Angriff auf Jugoslawien unter Mitwirkung deutscher Soldaten. Mittlerweile gehört die Instrumentalisierung des deutschen Faschismus und der Menschenrechte, um Kriege zu rechtfertigen, zum Standardrepertoire „wertegeleiteter“ bzw. „feministischer“ Außenpolitik.

Wenn man nach Schwächen im Aufsatz suchte, könnte man monieren, dass Karriereabsichten, Korruption und Verrat von Parteifunktionären, Kräfteverschiebungen und Machtkämpfe in der Partei sowie der „parlamentarische Weg“ (78) die Entwicklung der Grünen nur zum Teil erklären. Außerdem beruft sich Rude wiederholt positiv auf die Kritik einstiger Vertreter der Parteilinken an den Grünen ohne darüber aufzuklären, dass etwa mit Jutta Ditfurth oder

Thomas Ebermann über die deutsche Staatsräson gegenüber Israel ebenso wenig zu spaßen ist wie mit Cem Özdemir. Anpassung hat nicht immer Fischersche Dimensionen und bedarf auch nicht zwingend des Marschs durch die Institutionen.

Christian Stache

Zeitenwende beim Geld

Joseph Huber: Zeitenwende des Geldsystems. Vom Bankengeld zum digitalen Zentralbankgeld, Metropolis-Verlag, Marburg 2022, 228 Seiten, 29,80 Euro.

In der monetären Sphäre ist zuletzt einiges in Bewegung gekommen: So hat nicht nur das Bargeld seine einst übertragende Stellung im Geldverkehr eingebüßt, sondern nunmehr auch das Giralgeld der Geschäftsbanken den Zenit seiner Bedeutung überschritten. Die Zukunft gehört ganz offensichtlich dem digitalen Geld und digitalen Formen des Zahlungsverkehrs. Ausdruck dessen ist die Diskussion um die Abschaffung des Bargeldes und die Einführung digitalen Zentralbankgeldes, die inzwischen nicht nur in engen Zirkeln besonders qualifizierter Fachleute geführt wird, sondern die mittlerweile über die verschiedensten Medien auch die breite Öffentlichkeit erreicht hat. Hier stößt sie jedoch nicht selten auf Verständnisbarrieren, Wissenslücken und Fehlteile, die sich nur durch eine verstärkte ökonomische Bildung, wirtschaftspolitische Aufklärung und fachbezogene Information beheben lassen.

Das vorliegende Buch des Hallenser Wirtschaftssoziologen und Protagonisten der Vollgeld-Initiative Joseph Huber dient diesem Anliegen, indem

es die Erörterung geldwirtschaftlichen Grundwissens mit der Diskussion aktueller Entwicklungen auf monetärem Gebiet sowie mit Vorschlägen zur Geldreform und zur Modernisierung des Geldverkehrs verbindet. Er fasst seine Eindrücke über die sich gegenwärtig vollziehenden Umbrüche im Geldsystem unter dem Begriff „Zeitenwende“ zusammen. Hierin folgt er dem Zeitgeist. Ungeachtet der Tatsache, dass dieser Terminus momentan einem inflationären Gebrauch unterliegt, unterstreicht seine Verwendung, dass es sich beim digitalen Zentralbankgeld nicht etwa um eine bloße technische Verbesserung handelt, sondern um eine das gesamte Geldwesen revolutionierende Jahrundertinnovation. Schon jetzt hat der bargeldlose Zahlungsverkehr das nach wie vor als „gesetzliches Zahlungsmittel“ geltende Bargeld „nachrangig“ (15) werden lassen. Ökonomisch systemrelevant ist es längst nicht mehr. Diese Rolle kommt heute dem „Bankengeld“ zu, das als Buch- oder Giralgeld den Zahlungsverkehr dominiert. Es ist aber bereits abzusehen, dass das Bankengeld bald durch den Aufstieg technisch überlegener digitaler Geldarten, sog. Tokens, abgelöst werden wird. Tokens werden von der digitalen Geldbox des Zahlers *direkt*, also ohne Dazwischentreten von Banken, an die Geldbox des Empfängers transferiert. Sie funktionieren dabei also wie Bargeld, sind aber stückelbar wie Buchgeld. Zudem sind sie als digitales Geld programmierbar und damit den bisherigen Geldarten überlegen. Die Deutsche Bundesbank hat sich erstmals 2019 umfassend zur „Tokenisierung von digitalen Vermögenswerten“ geäußert und die aktuelle

Entwicklung im Euro-Raum diesbezüglich ausdrücklich begrüßt. Seitdem sind zahlreiche Fachpublikationen dazu erschienen, aber nur wenige Arbeiten, die einem größeren Kreis von Lesern zugänglich sind. Das vorliegende Buch ordnet sich hier ein.

Die behandelte Problematik ist keineswegs nur aus finanztechnischer Perspektive von Interesse. Es geht hier auch um Geldpolitik, Wirtschafts- und Machtpolitik. Waren die zurückliegenden Jahrzehnte bis zur großen Finanzkrise 2008 von einer Zurückdrängung und Unterminierung der Macht der Zentralbanken und einer Zunahme der Macht der Geschäftsbanken und der Schattenbanken geprägt, so ist heute eine Rückkehr der Zentralbanken in ihre Machtpositionen zu beobachten. Mit dem Bedeutungsverlust des Bankengeldes geht der Verlust der Vormachtstellung der Geschäftsbanken einher. Ihre viel diskutierte Systemrelevanz steht damit auf dem Prüfstand und gehört vermutlich bald der Vergangenheit an. Die Rückgewinnung der Geldhoheit durch die Zentralbanken ist jedoch an die Ablösung des Bargeldes durch modernes, das heißt digitales Zentralbankgeld gebunden. Mit der Einführung von digitalem Zentralbankgeld und der damit einher gehenden Machtverschiebung zwischen den Institutionen verändert sich auch das Verhältnis der Zentralbanken zu den nicht-monetären Finanzinstitutionen: Geldpolitik beinhaltet schon heute viel mehr als nur die Refinanzierung der Geschäftsbanken, denn längst haben die Zentralbanken „eine faktische Zuständigkeit für das Wohl und Wehe des *gesamten* Finanzsektors mit übernommen“ (19). Dieser Aspekt wird in Zukunft weiter an Relevanz gewinnen.

Der Aufbau des Buches bietet zunächst einen Überblick über die Funktionshierarchie des Geldes. Dabei unterscheidet der Autor *drei* Geldarten: erstens das Vollgeld der Zentralbanken, zweitens das aktive liquide sowie das inaktive Bankengeld der Geschäftsbanken und drittens die neuen Geldsurrogate (Geldmarktfonds, E-Geld und Stablecoins) als das „moderne Geld“ (201). Dies alles wird auf den folgenden Seiten ausführlich beschrieben und erklärt, was sich als zweckmäßig erweist, denn das Verstehen der sich gegenwärtig abzeichnenden und in nächster Zukunft vollziehenden Veränderungen im Geldsystem setzt das Verständnis des Funktionierens der augenblicklichen Geldordnung voraus. Im sechsten Kapitel schließlich beginnt der Autor dann mit der Darstellung seines eigentlichen Anliegens, der „monetären Zeitenwende“ (77). Aber auch diese hat selbstverständlich ihre Geschichte und ihre historischen Parallelen. Huber behandelt daher zunächst den Bedeutungsrückgang des Münzgeldes und den Aufstieg des unregulierten Papiergeldes (79ff.). Es folgen ein Abschnitt über den Aufstieg der nationalen Zentralbanknoten (83f.) und einer über den Niedergang des Bargeldes und den Aufstieg des Bankengeldes (85f.). Das Kapitel endet mit einer Skizze über den Aufstieg des digitalen Zentralbankgeldes (88f.). Dies alles sind natürlich keine Prozesse, die von heute auf morgen passieren, sondern gewaltige Veränderungen („Tidenwechsel“), die sich „über Jahre und Jahrzehnte erstrecken“ (89) werden.

Der Autor lässt keinen Zweifel daran, dass die Zukunft des Geldes digital sein wird. Dies aber ist mit einschnei-

denden Konsequenzen für die Zusammensetzung des Geldangebots verbunden (Kapitel 7), mit einer veränderten Systemarchitektur und mit neuen Designprinzipien für die Währungen (Kapitel 8) sowie mit völlig neuen Bedingungen und Wirkprinzipien für die Geldpolitik der Zentralbanken (Kapitel 9). Die gewählte Darstellungsmethode ist, abgesehen von wenigen Ausnahmen, die einer gedanklichen Entwicklung mit gelegentlichen empirischen Belegen. Mitunter argumentiert der Autor aber auch polemisch, so zum Beispiel, wenn er die verschiedenen Methoden der Geldschöpfung oder der Staatsfinanzierung diskutiert (181ff.). In einigen Fällen hätte man sich hier aber auch eine noch deutlichere Zurückweisung unzutreffender bzw. ungeteilter Auffassungen vorstellen können.

Die Vermittlung des nicht immer leicht zugänglichen Stoffes wird unterstützt durch ein Glossar, ein Abkürzungsverzeichnis, tabellarische Übersichten und einige Schemata im Text. Außerdem enthält das Buch ein umfangreiches Literaturverzeichnis sowie ein Stichwortregister.

Ulrich Busch

Bahn frei für den „kybernetischen Kapitalismus“

Andrea Komlosy: Zeitenwende. Corona, Big Data und die kybernetische Zukunft, Promedia, Wien 2022, 288 S., 23,- Euro.

An dem Begriff „Zeitenwende“ kommt die Wiener Sozial- und Wirtschaftshistorikerin Andrea Komlosy auch nicht vorbei. Doch symbolisiert der Begriff,

durch Kanzler Olaf Scholz seit dem Beginn des Ukrainekrieges und von vielen Nachbetern strapaziert, wenig von dem was heute und morgen bewegt.

Die Autorin sucht in der Corona-Krise den Aufhänger ihrer Analyse des modernen Kapitalismus. Obwohl sie immer wieder auf die Besonderheiten der letzten Corona-Jahre hinweist, in vielen Prozessen „den Virus als Triebkraft und Katalysator“ (8) dieser Transformation ausmacht, will sie sich doch nicht in den Ereignissen verfangen; ihr geht es um einen „strukturgeschichtlichen Ansatz“ (7). Nur so könnten die Ereignisse sinnvoll eingeordnet werden. Auf jeden Fall „geriet (weder) alles durcheinander noch wird ein großer Plan in die Tat umgesetzt“. (7)

Solche Längsschnittuntersuchungen der historischen Prozesse und ihrer wirtschaftlichen (wie wissenschaftlichen) Bedingungen sind unbedingt notwendig, und Komlosy ist als Kennerin der Materie dafür prädestiniert. Es liegt natürlich nahe, sich auf die aktuellen Dimensionen des Wandels und ihrer vermeintlichen Auslöser oder Katalysatoren zu konzentrieren. Doch ein nüchterner Blick in die Geschichte weist auf einen weit längeren Zeitraum seit den 1960er Jahren, in dem sich systematisch ein anderer Kapitalismus herausgebildet hat, der doch immer der der Profitmacherei geblieben ist, auch wenn er die Formen wandelt und neue Mechanismen versucht.

Die Studentenbewegung der 68er war eine Reaktion auf diese Entwicklung hin zu einem durch die damals noch neue elektronische Datenverarbeitung und die radikale Umwälzung der Sozialstruktur zu Lasten der Arbeiterklasse

veränderten Kapitalismus bei gleichzeitig deutlich entwerteten Intellektuellen. Der Zusammenbruch des Realsozialismus 1989/91 steht für solche Umbrüche, in der die vorgeblich überlegene sozialistische Gesellschaftsordnung an den Mühen verhinderter Reformen scheiterte und vom guten alten Kapitalismus überrannt wurde, der zugleich vom „Ende der Geschichte“ fabulierte.

Und da ist der Neuanlauf zu einer US-dominierten Weltordnung, nachdem die Niederlage des Ostblocks nicht zu dem gewünschten globalen Durchbruch führte. Seit Ausgang der 1990er Jahre ist die Konfrontation – mittlerweile im offenen Stellvertreterkrieg von Ukraine/USA/NATO gegen Russland – der aktuell dominierende Konflikt, in dem es eigentlich aber um die Vorherrschaft Chinas und den Platz der Staaten des globalen Südens in einer multipolaren Welt geht.

Das weiß oder ahnt die Autorin natürlich. Sie liefert im ersten Teil ihres Buches einen Überblick über die langfristigen Entwicklungen von Konjunktur, Hegemonie und Evolution der Produktionsprinzipien. Sie bindet diese Entwicklung in die Kondratieffsche Konzeption der „langen Wellen“, die sie als gesicherte Konzeption ansieht und deren aktuelle Wellenbewegung für die gegenwärtigen Prozesse eine Erklärungshilfe abgeben soll. Der Rezensent ist sich nicht sicher, ob diese Fixierung auf ein vermeintlich wissenschaftlich gesichertes Konzept für die letzten beiden Jahrhunderte so erklärungsstark ist, wie unterstellt wird. Zweifellos sind Konjunkturwellen regelmäßig vorhanden, treiben Krise und Aufschwung ihr Spiel mit den nationalen und internationalen Wirt-

schaften und mit den von den negativen Auswirkung Betroffenen. Ob tatsächlich auch die technologische und hegemoniale Entwicklung für die jüngere Vergangenheit und die aktuellen Prozesse zuständig sind oder sie nur passend gemacht werden, steht auf einem anderen Blatt. Komlosy hat mit der Richtung der Entwicklung zweifellos auch ohne solche Wellen Zutreffendes analysiert.

Die Autorin reklamiert den historischen Zeitpunkt und den geografischen Platz ihrer Analyse in den Corona-Jahren und im Herzen (West-)Europas, in Wien. Sie bemerkt, dass der „Neoliberalismus einem Corona-Keynesianismus Platz gemacht (habe), ohne dabei soziale und regionale Ungleichheit sowie den Druck auf Löhne und Sozialleistungen aufzugeben“ (11). Es bleibt die Schwierigkeit aller neueren kritischen Kapitalismusanalyse, sich mit dem jeweils aktuellen Charakter des Kapitalismus auseinanderzusetzen. Die Gefahr ist groß, hinter immer neuen Zuschreibungen von „Neoliberalismus“, „Casinokapitalismus“, „Finanzmarktkapitalismus“ den Kern kapitalistischer und letztlich imperialistischer Wirtschaft und Politik auszumachen: das bedingungslose Ringen um Profit, den Zwang zu Ausbeutung und zu Expansion, egal, ob ökonomisch oder militärisch. Die Zuschreibungen weisen auf die aktuellen Formen und Mechanismen hin, wie jeweils Kapitaleigner und Monopole an ihren Profit kommen wollen, welche Mechanismen sie einsetzen, wie sie mit den eigenen Bürgerinnen und Bürgern umgehen, wie mit potentiellen Märkten und Rohstoffquellen jenseits ihrer Grenzen. Aber es bleibt eben doch normaler Kapitalismus.

Komlosys Stärke ist die Analyse im zweiten Teils des Buches, in der sie die Grundzüge des „kybernetischen Kapitalismus“ herausarbeitet. Seine „Technologie beruht auf digitaler Steuerung, Roboterisierung sowie neuen Verfahren zur Entwicklung neuartiger Materialien und Materialeigenschaften. Dabei ändert sich die Kommunikation zwischen Menschen sowie zwischen Mensch und Maschine, wobei die Koordination der Prozesse zunehmend von Algorithmen bewerkstelligt wird.“ (119) Die Daten werden zu dem neuen, unverzichtbaren und verfügbar zu haltendem Rohstoff.

Entscheidend in diesem neuartigen Kapitalismus oder genauer der neuartigen Produktionsweise seien der Medizinsektor, die Robotik, die Biotechnologien, die Nanotechnologien, die Additivtechnologien sowie Kognitive Systeme.

Das eigentliche Problem für Komlosy ist aber das Entstehen eines „neuen Menschen“, weniger als Risiko eine Cyborgs, als eines – wie der Rezensent es nennen würde – manipulierten und integrierten Menschen. „Diese Veränderungen brechen mit den Werten der bürgerlichen Freiheit und der bürgerlichen Demokratie. Da sie sich meist unbemerkt in den Alltag und ins Bewusstsein einschleichen, werden sie in ihrer Konsequenz oft nicht erkannt. Die Corona-Maßnahmen stehen nicht am Beginn dieser Transformation.“ (162) Das Problematische, die Veränderung wie in der Corona-Krise, erscheint oft als hilfreich, ja rettend, sie sind akzeptabel. „Dass sie hauptsächlich der Kapitalverwertung ihrer Gründer und Aktionäre dienen, gerät dabei nur allzu leicht aus dem Blick.“ (162)

Die „schöne neue Welt“ ist also risikvoll für die Freiheit der Menschen, auch für die Freiheit, aus diesem Kapitalismus in Richtung Sozialismus auszubrechen. Und sie befeuert einen neuen Kampf um globale Hegemonie. Allein Skepsis und individuelle Gegenstrategien werden nicht ausreichen. Aber das wäre wohl Thema eines neuen Buches.

Stefan Bollinger

Die Ideologien der „Digitalisierung“

Peter Schadt: Digitalisierung. Basiswissen Politik/ Geschichte/ Ökonomie, PapyRossa Verlag, Köln 2022, 118 Seiten, 9,90 Euro.

Eine bekannte Passage aus Karl Marx' „Kapital“ ist der „stumme Zwang der ökonomischen Verhältnisse“. Im 21. Jahrhundert zeigt sich der stumme Zwang in verschiedenen Sujets. „Die Digitalisierung“ mit allerlei ostentativen Illustrationen von Chancen und Risiken ist eines davon. Marxistisch Bewanderte können „die Digitalisierung“ sicherlich als Produktivkraftsteigerung und Mittel der Profitmehrung einstufen. Was es damit allerdings genau auf sich hat und welche Herleitung es benötigt, um das Thema in die bestehenden Herrschaftsdiskurse kritisch einzuordnen, zeigt Peter Schadt kurz, bündig und vor allem klar und ohne jede Umschweife in seinem Einführungsbuch „Digitalisierung“.

In fünf Kapiteln behandelt der Autor verschiedene Fragestellungen. Einleitend stellt Schadt den aktuellen Debattestand dar. Äußerungen politischer Akteure und wissenschaftliche Debattestände zeigen auf, dass die putativen

Chancen und Risiken „der Digitalisierung“ in der Hinsicht zu kritisieren seien, als dass der „Blick auf die polit-ökonomischen Notwendigkeiten und ihre Widersprüche“ (12) viel deutlicher den zu untersuchenden Gegenstand verständlich macht. Schadt hinterfragt das „uns“ im Prozess „der Digitalisierung“, untersucht die Akteure und ihre basalen ökonomischen Interessen.

„Wessen Digitalisierung zu wessen Nutzen?“ ist ein gut überlegter und grundlegender Einstieg im zweiten Kapitel. Schadt analysiert anhand verschiedener technischer Begriffe die Transformationen der technischen Bedingungen. RFID-Chips, Roboter und andere Innovationen werden erörtert und hinsichtlich der ökonomischen Interessen eingeordnet. Hierbei stellt Schadt eine akteurszentrierte Perspektive der Interessen heraus, da „die Digitalisierung“ eben kein autonomer Akteur ist. Die „Vernetzung mit der Zirkulation“ anhand von Begriffen wie z.B. Internet der Dinge oder Big Data ist eine weitere gute Darstellung von größeren Netzwerken und Einordnung in kapitalistische Verhältnisse, von Konkurrenz und Klassenantagonismen. Er beschreibt „die neuen digitalen Techniken im Produkt“ und führt in die Gründe für „die Konkurrenz um den Standard“ ein. Denn: „In einer Welt von Eigentümern gibt es nicht *die* Sprache, in der Maschinen mit Maschinen kommunizieren (M2M), sondern eine Pluralität von Anbietern, die alle ihre technische Lösung als *Standard* etablieren wollen.“ (35) Die Darstellung der „Konkurrenz zwischen Industrie- und Informationskapital“ bildet den Schluss des zweiten Kapitels.

Anschließend behandelt Schadt im

dritten Kapitel die „Grundkoordinaten der Digitalisierung als staatliches Programm“ (53). Hierbei finden sowohl innen- als auch außenpolitische Einordnungen Geltung. Die Mittel der Ansprüche, die Implikationen staatlicher Intentionen und weitere Analysen, wie z.B. die „doppelte Digitalisierung der Sozialen Arbeit“ können hier näher nachgelesen werden. Das Unterkapitel „Digitalisierung und Militär“ ist hierbei besonders aktuell, zeigt es doch, dass „Kapitalistische Staaten [...] sich daher sehr praktisch neben der Pflege ihres ‚Standorts‘, also ihrer ökonomischen Konkurrenz, auch um die Sicherung der ihnen nützlichen zwischenstaatlichen Konkurrenz- und Benutzungsverhältnisse“ (73) sorgen. Ein weiteres, gewissermaßen brandaktuelles, Unterkapitel ist „die Digitalisierung der Energiewende“ und die Analyse „politischer Fürsorge“ (83).

Die Darstellung der Folgen „der Digitalisierung“ zeigt Schadt im vierten Kapitel. So ist „die technische Reduzierbarkeit der bezahlten Arbeit [...] kein unerwünschter Nebeneffekt, sondern eben der ökonomische Zweck, für den die Technik überhaupt eingesetzt wird.“ (88) Dabei können auch Marx-Beflissene sicherlich einiges lernen, was es mit der Steigerung der relativen Mehrwertrate und der Verdichtung der Arbeit durch den Prozess „der Digitalisierung“ auf sich hat. Schadt schafft es auch hier plausibel, klar und lesefreundlich die ökonomischen Konsequenzen für die doppelt Freien und die Kosten dieser Freiheit darzustellen.

Die gängigen Vorstellungen über „die Digitalisierung“ behandelt Schadt im letzten Kapitel. Anhand bekannter Konfliktlinien wie „Mensch gegen Technik“ oder „Roboter versus

Mensch“ dekonstruiert Schadt diese „Ideologien“ (97) als Fehlurteile. Die „Digitalisierung als Scheinsubjekt“ ist hierbei sicherlich ein Unterkapitel, welches den roten Faden des Schadt'schen Werkes darstellt. Denn dieses Expletivum „mag zwar die heimliche Hauptfigur dieses Buches sein, die überall ihre Finger im Spiel hat und das Geschehen maßgeblich beeinflusst“ (103 f.), jedoch wusste schon der Brecht'sche lesende Arbeiter, dass Subjekte der Geschichte wohl eher nicht die Akteure aus den bürgerlichen Geschichtsbüchern sind.

Was nützt also diese kritische Einführung zur Digitalisierung? Vielleicht ist diese für all jene interessant, welche den FDP-Wahlslogan „Digitalisierung first, Bedenken second“ schon immer irrsinnig fanden, sich aber noch keine Rechenschaft über die Interessen der Kapitaleseite an der Digitalisierung ablegten und sich noch nicht fragten, welche Stellung Lohnabhängige hierbei beziehen sollten. Schadt bietet für all jene einführende Argumente gegen das Dafürsein. Nach jedem spannenden Unterartikel möchte man mehr lesen, mehr verstehen und die als Mittel der Profitmehrung zum Subjekt gemachte „Digitalisierung“ Vergangenheit sein lassen. Eine Leseempfehlung ergeht also an alle, welche den stummen Zwang der Verhältnisse und Scheinsubjekte ablehnen. Denn: „Wer verstehen will, wie sich Arbeitsprozesse dieser Tage verändern, tut also gut daran, auf die maßgeblichen Akteure, die diese neue Technik ins Werk setzen, und ihre politökonomischen Interessen zu schauen.“ (106) Warum also die Lohnarbeit wohl leider nicht von allein an ein Ende kommt, „uns“ die Arbeit nicht ausgeht

und sich Menschen nicht damit abfinden sollten, als variables Kapital zu leben: Dies kann bei Peter Schadt nachgelesen werden.

Christian Annecke

Diversität der Ausbeutung

Eleonora Roldán Mendivil und Bafta Sarbo (Hrsg.), Die Diversität der Ausbeutung – Zur Kritik am herrschenden Antirassismus, Karl Dietz Verlag, Berlin 2022, 195 S., 16,- Euro

Eleonora Roldán Mendivil und Bafta Sarbo intervenieren mit dem Sammelband in eine Rassismus-Debatte, die maßgeblich von liberalen und individualisierenden Ansätzen dominiert ist. Dazu heißt es bei Christian Frings im Vorwort: „Was einstmals Gesellschaftskritik war, ist zur moralischen Kritik am Verhalten von Individuen verkommen.“ (7) Manifestationen kapitalistischer Herrschaft, wie sie sich in Rassismus, Sexismus und Weiterem wiederfinden, sollen, so der Anspruch des Bandes, entgegen der bürgerlich-hegemonialen Debatte nicht einfach nur als „Diskriminierung“ aufgefasst werden (8). Löst das Buch den Anspruch ein?

Im ersten Aufsatz „Warum Marxismus?“ stellen die Herausgeberinnen Marx` Relevanz für eine Rassismus-Kritik dar. In Abgrenzung von kontemporären Debatten um „Allyship“ (Solidarität mit Unterprivilegierten) werden rassistische Ideologien mitsamt ihrer geschichtlichen Wandelbarkeit auf dem Boden kapitalistischer Ausbeutung verortet (29). Rassistische Ideologien sind dabei nicht abstrakt als Notwendigkeit jeglicher denkbaren kapitalistischen Verhältnisse

se beschrieben, sondern spezifisch als Resultat historischer Kontingenz bestimmt (31). Dem ist zuzustimmen; ein Kapitalismus ohne Rassismus wäre als Gedankenspiel denkbar, dieser historisch gewachsene reale Kapitalismus jedoch nicht.

Im nächsten Essay plädiert Bafta Sarbo für einen materialistischen Rassismusbegriff (37-63). Die Autorin bezieht rassistische Ideologien konsequent auf ihre materielle gesellschaftliche Basis. Sie charakterisiert „Rasse“-Konstruktionen als Verdinglichung eines sozialen Verhältnisses (49). Entscheidend ist ihre Charakterisierung von Rassismus nicht lediglich als falsches Bewusstsein, sondern als soziales Verhältnis eingebettet in materiellen Ausbeutungsverhältnissen.

Eleonora Roldán Mendívil und Hannah Vögele befassen sich mit dem Verhältnis von Geschlecht und Rassismus vor dem Hintergrund sozialer Reproduktionsverhältnisse (64-82). Dank der Sichtweise von sozialen Reproduktionstätigkeiten als „Prozessen“ gelingt es, essenzialisierende Identitätskategorien, wie sie in Intersektionalitätsansätzen oft verwendet werden, zu vermeiden (72). Migration und Geschlecht werden verhandelt, ohne dabei die analytisch begründete Zentralität von Klasse im marxistischen Sinne aufzugeben. Kontemporäre Entwicklungen, wie die partielle Emanzipation besser gestellter Frauen im Globalen Norden durch eine Global-Care-Chain, werden treffend beschrieben (80).

Anschließend verortet Fabian Georgi die Funktion rassistischer Ideologien bei der Legitimation des europäischen Grenzregimes (83-101). Neben der

psychologischen Funktion symbolisch-diskursiver Abwertungen unterdrückter Gruppen durch rassistische Sprechakte betont Georgi insbesondere die Funktion der Legitimation des abgestuften Ausschlusses von Menschen durch ihren Aufenthaltsstatus vom erwirtschafteten Mehrprodukt (86). Mit dem Grenzregime wird das globale Nord-Süd-Gefälle aufrechterhalten (99). Die Funktion von Rassismus und Grenzregime zur bevorteilenden Distribution des globalen Mehrprodukts sollte kritisch reflektiert werden (101).

Eleonora Roldán Mendívil und Bafta Sarbos Artikel „Intersektionalität, Identität, Marxismus“ (102-120) folgt in leicht abgeänderter Form ihrem Beitrag in Z 126.

Lea Pilone stellt die historische Genese von Rassismus und Polizei dar (121-39). Die Polizei wird als repressiver Staatsapparat in ihrer Funktion zur Aufrechterhaltung von Ausbeutung und rassifizierter Überausbeutung benannt (137). Die Kriminalisierung „fremder“ Armut wird im Polizei-Regime durch kulturalisierende Zuschreibung der Subjekte begründet, anstatt die Ursachen aus den sozialen Verhältnissen zu erklären (133). Folglich ist dem Resümee zuzustimmen, dass eine radikale Rassismus-Kritik an der Polizei sich nicht in Forderungen nach Awareness-Schulungen erschöpfen darf, sondern dass die Stellung der Polizei in ihrer repressiven herrschaftsförmigen Funktion an sich kritisiert werden muss (138-139). Unbeantwortet bleibt dabei jedoch die Frage, ob Reformen in Bezug auf die schlimmsten Auswirkungen rassistischer Polizeigewalt auch im herrschenden System mög-

lich sind. Diese wären in Anbetracht der Dringlichkeit des Problems sicherlich wünschenswert, auch wenn dies nicht zu einer naiven Staats- und Reformgläubigkeit führen darf.

Celia Bouali beschreibt den Zusammenhang von Migrationsregime und EU-Binnenmarkt (140-160). EU-Binnenmigration geht mit einem spezifischen Über-Ausbeutungsverhältnis migrantisierter Niedriglöhner*innen einher (141). Unter Über-Ausbeutung fasst Bouali die Unterschreitung des Werts der Ware Arbeitskraft unter den Mindeststandard des bestehenden nationalen Klassenkompromisses (141). Insbesondere in Sektoren wie der Fleischindustrie führt die besondere Vulnerabilität der prekarierten Arbeitskräfte zu einer weitgehenden Verunmöglichung kollektiver Interessensartikulation. Häufige Neuzusammensetzungen der Belegschaft und die daraus folgende ständige Angst vor Kündigungen können als Machtmittel des Kapitals verstanden werden (155). Sebastian Friedrich liefert eine materialistische Analyse des verstärkten Aufkommens rechter Kräfte (161-184). Neben einer kurzen Darstellung der bekannten Akteur*innen liefert er materialistische Erklärungsansätze zu deren Aufstieg.

Abschließend resümiert Roldán Mendivil im Aufsatz „Klasse und Rassismus“ (183-192): „Es geht nicht darum, rassistische Formationen deterministisch aus den Klassenverhältnis abzuleiten, sondern, darum, die konkrete Form von Rassismus mit Werkzeugen des historischen Materialismus zu erklären“ (183). Marxistische Analysen dürften nicht vulgärmaterialistisch sämtliche Ideologien eindimensional

aus der Basis erklären, sondern müssten rassistische Formationen in ihrem historischen Gewordensein erfassen und dabei die Basis-Überbau-Wechselwirkungen in Bezug auf die Spezifik des Gegenstands betrachten.

Insgesamt stellt das Buch aus der Sicht des Rezensenten einen griffigen Einstieg für eine historisch-materialistische Rassismus-Kritik dar. Die Stärke des Bandes liegt in der konsequenten historisch-kontingenten Auffassung von Rassismus. Georgi bringt es auf den Punkt: „Es gibt [...] nie reinen Rassismus, sondern historisch-spezifische Rassismen.“ (92) Dadurch wird ein Verständnis von der historischen Gemachtheit und damit auch Wandelbarkeit rassistischer Ideologien ermöglicht, das starren essentialisierenden Identitätskategorien fehlt. Gleichwohl können viele Fragen bei begrenzter Seitenzahl nur in Form einer Einführung behandelt werden. Die sehr zu empfehlende Lektüre entbindet daher nicht von einer weitergehenden tieferen Befassung mit dem Gegenstand in seiner historischen und kontemporenen Gestalt.

Joshua Graf